

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuscherdamm 23 I.

Inserate pro vierstellige Zeile 30 Pf., Stellensuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Verbandsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 27.

Berlin, den 3. Juli 1909.

25. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Da die immer umfangreicher werdenden Arbeiten in der Zahlstelle Berlin durch die bisher zur Verfügung stehenden Kräfte ordnungsgemäße Erledigung nicht mehr finden können, haben Verbandsvorstand und Ausschuss die Anstellung eines weiteren Beamten für Berlin beschlossen und bringen wir diese Stellung hiermit zur Ausschreibung.

Als Tätigkeitsgebiet ist für den neuen Beamten insbesondere die Leitung der Agitation in Berlin und die Erledigung der damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten in Aussicht genommen, jedoch soll demselben, soweit das möglich und praktisch durchführbar ist, auch die Leitung der Agitation in den Gauen 1—4 mit übertragen werden. Näheres darüber, wie die Tätigkeit des Beamten und seine Stellung zu den Gauvorständen in den seiner Leitung unterstellten Gauen gedacht ist, ist bereits im Jahresbericht für 1908 auf Seite 93 und 94 gesagt, worauf wir hiermit hinweisen.

Zulässig als Bewerber sind alle Verbandsmitglieder, die dem Verbandsverbande mindestens fünf Jahre angehören, der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, in allen Verwaltungsarbeiten bewandert sind und durch rednerische, agitatorische sowie organisatorische Befähigung für die Stellung geeignet erscheinen.

Das Gehalt beträgt im ersten Jahre 800 Mark und steigt in den nächsten drei Jahren um je 100 Mk., von da ab jährlich um 50 Mk. bis zum Höchstbetrag von 2400 Mk. pro Jahr. Im weiteren gelten die vom Verbandstag in Dresden festgesetzten Anstellungsbedingungen, die im Protokoll über den Dresdener Verbandstag auf Seite 193 und 194 veröffentlicht sind. Solchen Bewerbern, die sich zurzeit in ähnlicher Stellung befinden und bereits ein höheres Gehalt beziehen, kann entsprechend höheres Anfangsgehalt gezahlt werden.

Diejenigen Kollegen, die sich um die Stellung bewerben wollen, werden ersucht, eine kurze Denkschrift über: „Die Aufgaben eines Verbandsbeamten“ und kurz gehaltene Angaben über ihren bisherigen Lebenslauf bis spätestens 1. August an den unterzeichneten Vorstand einzusenden. Diejenigen Bewerber, die sich auf die im November 1907 erfolgte Ausschreibung hin bereits um eine Stellung als Verbandsbeamter bemüht und ihre Arbeiten nicht zurückverlangt haben, brauchen Denkschrift und Lebenslauf nicht erneut einzusenden, sondern wollen, wenn sie auch auf die jetzt ausgeschriebene Stellung reflektieren, dieses nur durch eine kurze Mitteilung zu erkennen geben.

Die Besetzung der Stelle ist zum 1. Oktober dieses Jahres in Aussicht genommen, kann aber auch zu einem anderen Termin erfolgen, wenn besondere Gründe dieses angezeigt erscheinen lassen.

Schließlich geben wir noch dem Wunsche Ausdruck, daß sich recht viele unserer befähigsten Mitglieder um die ausgeschriebene Stelle bewerben möchten, damit alle Hoffnungen, die auf den neuen Beamten gesetzt werden, in Erfüllung gehen.

2. Die Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 5 Pf. ist der Zahlstelle Remscheid von der 27. Woche ab genehmigt worden.

3. Um Irrtümer im Neben der Beitragsmarken zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 4. bis 10. Juli das mit Ziffer 27 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

4. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt bitten wir, sofern solches noch nicht geschehen, bestimmt am 4. Juli an uns abzusenden, damit die Zusammenstellung rechtzeitig bewirkt werden kann.

Diejenigen Gauen und Zahlstellen, von denen Berichtskarten nicht oder nicht rechtzeitig eingehen, werden an dieser Stelle bekanntgegeben.

5. Neue Formulare zur Anmeldung und Berichterstattung über Lohnbewegungen aller Art sind von der Generalkommission Anfang dieses Jahres herausgegeben worden, wie wir dies schon in Nr. 8 und 9 der „Buchbinder-Zeitung“ bekannt gegeben haben. Man wolle daher die alten Formulare: Fragebogen betreffs Lohnbewegung (I), Bericht über eine Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung, Erster Wochenbericht (II), über Streik oder Ausperrung (IV), Bericht über weitere Wochen (V) und Schlußbericht über Streik und Ausperrung (VI) vernichten und im Bedarfsfalle neue Formulare von uns verlangen.

6. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bezw. Bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventueller Vorzeigung anzuhalten und an uns einzusenden. Nr. 49 726, ausgestellt für

„ 60 223, „ „	Mara Gorgas;
„ 60 957, „ „	Adolf Dörflinger;
„ 61 168, „ „	Katji Röder;
„ 71 865, „ „	Vina Nischner;
„ 71 951, „ „	Emil Ruff;
„ 74 214, „ „	Frida Schüle;
„ 76 248, „ „	Gertrud Köpfe;
„ 76 412, „ „	Willi Mehr;
„ 78 089, „ „	Rudolf Seifowski;
„ 78 137, „ „	Friedrich Ehrhardt;
„ 80 792, „ „	Frida Brandt;
„ 80 792, „ „	Frida Schulz.

7. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in München der Buchbinder Ernst Schnaith aus Lübingen. (Buchnummer 59 233.) Der Verbandsvorstand.

Die Krankheitshäufigkeit der in der Papierverarbeitung beschäftigten Personen.

* Die zur Durchführung der obligatorischen Krankenversicherung vorhandenen Institute wären in der Lage, ein umfassendes und zuverlässiges statistisches Material zur Erkenntnis unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens zutage zu fördern. Leider aber sind seither diese Schätze noch nicht gehoben worden. Ein Grund hierzu ist in der unheimlichen Zersplitterung des Krankentassenwesens zu suchen, ein anderer darin, daß die von den Klassen durch die Behörden geforderten Nachweisungen zur Auf-

stellung der amtlichen Statistik der Krankenversicherung viel zu primitiv sind und nicht die geringste Anregung zur Aufnahme statistischer Erhebungen und einschlägiger Arbeiten geben. In den letzten Jahren bemühen sich allerdings die größeren Ortskrankenassen erfreulicherweise, statistische Arbeiten mehr zu pflegen und das gewonnene Material in ihren Geschäftsberichten zu veröffentlichen, immerhin ist und ergibt aber dieses Bemühen nur ein Stückwerk und findet demzufolge nicht die nötige Anerkennung. Hier müßte die Gesetzgebung eine Besserung schaffen.

Von den vielfachen sozialen Statistiken, welche die Krankenversicherung bieten könnte, wäre am wertvollsten eine allgemeine Darstellung der Krankheitshäufigkeit der Arbeiter in den einzelnen Berufszweigen. Aus einer solchen könnte auf die Gesundheitsgefährlichkeit der verschiedenen Berufe geschlossen und die nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Abstellung der Mißstände gefordert werden. Leider bietet die amtliche Statistik der Krankenversicherung in dieser Hinsicht absolut nichts, und man ist, will man sich über die Frage unterrichten, auf das Studium der Berichte der einzelnen Klassen angewiesen. Aber auch da findet man nicht immer was man braucht. Es sind nur wenige Klassen, die diesen Zweig der Statistik besonders pflegen.

Eine Durchsicht dieser Berichte ergibt, daß die in der Papierverarbeitung und in ähnlichen Berufszweigen beschäftigten Personen nicht zu denen gehören, die sich einer besonders guten Gesundheit erfreuen. Man findet sogar teilweise, daß die Krankheitshäufigkeit und die Dauer der Erkrankung dieser Arbeiterkategorie über dem Durchschnitt steht. Zum mindesten trifft das auf die hierbei in Betracht kommenden weiblichen Personen zu. Die Ortskrankenasse Gera zeigt in ihrem Bericht für das Jahr 1908, daß auf 100 Mitglieder durchschnittlich 43 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle kamen. Bei den in der Papier-, Leder- und Gummiindustrie beschäftigten Personen entfielen aber auf die gleiche Zahl Versicherte 50 derartige Erkrankungsfälle. Bei derselben Klasse kamen im Jahre 1907 auf 100 Mitglieder 148 Erkrankungsfälle überhaupt (also auch solche, in denen nur ärztliche Behandlung nötig war), bei den in den genannten Industriezweigen beschäftigten Personen aber waren es 150. Bei der Ortskrankenasse in Weichen kamen 1908 auf 100 männliche Mitglieder 37 Erwerbsunfähigkeitsfälle, bei den in der Papierverarbeitungsindustrie beschäftigten Personen waren es 30,3. Das würde sich mit dem Durchschnitt etwa decken. Unlängstiger war aber das Ergebnis bei den weiblichen Mitgliedern. Bei diesen kamen im allgemeinen auf 100 Versicherte 32 solcher Fälle, bei den in der Papierverarbeitungsindustrie beschäftigten Personen aber 33,7. Dieselben Feststellungen hat die Ortskrankenasse Straßburg gemacht. Bei dieser kamen auf 100 weibliche Mitglieder im Durchschnitt 46,6 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle, bei den in den Buchbindereien, Kartonagenfabriken usw. beschäftigten weiblichen Personen kamen indes 67 Fälle auf die gleiche Zahl Versicherte. In Warmen kamen von den überhaupt bei der Ortskrankenasse verzeichneten 15 856 mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfällen auf die in der Buchbinderei, den Papierfabriken usw. beschäftigten Personen 1052. Das war ein weit höherer Anteil, als die Zahl der

in diesem Industriezweig beschäftigten Personen an der Gesamtzahl der Versicherten ausmacht. Bei der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe in Berlin wurden 1907 von je 100 männlichen Mitgliedern erwerbsunfähig krank 27,22, von je 100 weiblichen 44,30. Nach dem von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin über die Krankenversicherung für 1907 herausgegebenen Bericht entfallen bei allen Berliner Kassen auf je 100 weibliche Mitglieder nur 42,50 Erwerbsunfähigkeitsfälle. Hieraus ergibt sich ebenfalls, daß die Krankheitshäufigkeit in der Papierverarbeitung beschäftigten Personen eine höhere ist, als der Durchschnitt sämtlicher Arbeiterinnen überhaupt ergibt. Bei der Ortskrankenkasse der Buchbinder in Berlin war 1907 jedes männliche Mitglied 7,74 Tage und jedes weibliche Mitglied 13,84 Tage im Durchschnitt erwerbsunfähig krank. Bei sämtlichen Berliner Ortskrankenkassen war im selben Jahre jedes weibliche Mitglied im Durchschnitt nur 12,79 Tage krank. Hier zeigt sich ebenfalls die höhere Krankheitsgefahr der in Buchbindereien usw. beschäftigten weiblichen Personen. Der Bericht der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe in Hamburg für das Jahr 1907 gibt leider über die Krankheitsverhältnisse der Mitglieder so gut wie keinen Aufschluß.

Was die Art der Erkrankungen anbetrifft, so lehrt uns die Statistik, daß es vornehmlich die Krankheiten der Atmungsorgane (unter Einzurechnung von Influenza, Blutarmut und Tuberkulose) sind, von denen die in der Papierverarbeitung beschäftigten Personen befallen werden. Die Ortskrankenkasse der Buchbinder in Berlin verzeichnet 1900 Erwerbsunfähigkeitsfälle der männlichen Mitglieder. Hierunter befanden sich allein 305 Lungenerkrankungen, 175 Erkrankungen der sonstigen Atmungsorgane und 115 Fälle von Influenza. Rechnet man von der Gesamtzahl der Erwerbsunfähigkeitsfälle die 456 durch Verletzungen entstandenen Fälle ab, so ergibt sich, daß auf die Erkrankungen der Atmungsorgane usw. annähernd die Hälfte der Erwerbsunfähigkeitsfälle entfällt. Die Zahl der Erwerbsunfähigkeitsfälle der weiblichen Mitglieder betrug 3722. Hierunter befanden sich 532 infolge Lungenerkrankung, 177 infolge Influenza, 631 (1) infolge Blutarmut, 284 infolge Interleischleiden usw. Hier ist also die Blutarmut überwiegend, die oft den Keim zu anderen schweren Krankheiten gibt. Interessante Feststellungen hat auch die Ortskrankenkasse Dresden gemacht. Bei derselben waren im Jahre 1908 von sämtlichen mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfällen männlicher Mitglieder 1,36 Proz. auf Lungentuberkulose zurückzuführen. Bei den Buchbindern und Kartonnagenarbeitern waren aber 2,59 Proz.

der Erwerbsunfähigkeitsfälle, also mehr als der Durchschnitt, durch die gleiche Krankheit verursacht. Bei derselben Kasse waren 20,70 Proz. sämtlicher Todesfälle männlicher Mitglieder auf die Lungentuberkulose zurückzuführen. Bei den Buchbindern und Kartonnagenarbeitern aber waren 66,67 Proz. der Todesfälle durch die Lungentuberkulose entstanden. Damit stand dieser Industriezweig unter allen anderen obenan. Bei den weiblichen Mitgliedern waren 1,58 Proz. sämtlicher Erwerbsunfähigkeitsfälle auf die Lungentuberkulose zurückzuführen, bei den Kartonnagenarbeiterinnen aber 2,46 Proz., das ist ebenfalls mehr als der Durchschnitt. Während bei sämtlichen weiblichen Mitgliedern 22,11 Proz. der Todesfälle durch die Lungentuberkulose entstanden waren, waren das bei den Kartonnagenarbeiterinnen usw. 28,57 Prozent der Todesfälle. Damit stehen zwar die Kartonnagenarbeiterinnen nicht obenan, sie folgen aber gleich hinter den Blumenarbeiterinnen, die besonders aufgeführt sind und bei denen 40 Proz. der Todesfälle durch dieselbe Krankheit verursacht waren. Leider stellen bei der Ortskrankenkasse Dresden die Kartonnagenarbeiterinnen auch einen über den Durchschnitt stehenden Teil an den Erkrankungsfällen infolge Syphilis. Bei der Ortskrankenkasse Kottbus wurden 1907 von 100 weiblichen in den Buchbindereien und Kartonnagenfabriken beschäftigten Personen 8,1 durch Krankheiten der Atmungsorgane erwerbsunfähig. Damit folgen sie an zweiter Stelle hinter den Textilarbeiterinnen, die mit 10,9 Proz. an erster Stelle stehen. An Blutarmut wurden 3,3 Proz. der in der Papierverarbeitung beschäftigten weiblichen Personen erwerbsunfähig.

Ueber das Alter der Erkrankten gibt die Ortskrankenkasse Dresden interessante Auskunft. Von den erwerbsunfähigen männlichen Kranken, welche in der Papier- und Lederindustrie beschäftigt waren, standen allein 258 — der dritte Teil — im Alter von 20 bis 35 Jahren. Von den 843 erwerbsunfähigen weiblichen Kranken aus diesem Berufsgebiet standen 286 — also ebenfalls etwa der dritte Teil — im Alter bis 20 Jahren.

Diese Statistiken sind, wie es nicht anders sein kann, nur Bruchstücke, sie zeigen aber doch, daß die hygienischen Einrichtungen in den in Frage kommenden Werkstätten und Betrieben sehr ungünstig sind. Die Forderung der in der Papierverarbeitung tätigen Personen nach mehr Schutz vor Krankheitsgefahren ist deshalb als dringend notwendig erwiesen. Die zuständige Gewerkschaft dieser Arbeiter, der Buchbinderverband, vertritt diese Forderungen; ihr muß deshalb alle Unterstützung zuteil werden.

Finanzreform und Wirtschaftslage.

Die seit November 1908 dauernde „Beratung“ des Reichstags über die Finanzreform hat zweifellos nicht zur Milderung der fast allgemeinen wirtschaftlichen Depression beigetragen. Man braucht den Verteuerungen der Unternehmerkreise nicht bis auf die Spitze über den i zu glauben, aber daß eine seit einem halben Jahre hingehende parlamentarische Verhandlung über geeignete Finanzobjekte die geschäftlichen Dispositionen der bedrohten Kreise stört, ist selbstverständlich. Die Regierung versucht immer wieder die Schuld an diesem unleidlichen Zustand dem Reichstag, bezw. den einzelnen politischen Parteien aufzubürden. Das ist durchaus unehrlich. Denn ehe der Reichstag Gelegenheit hatte, sich mit den Steuerentwürfen zu beschäftigen, hat die Regierung monatelang die Geschäftswelt darüber in Spannung gehalten, was eigentlich nur für Steuerobjekte herausgegriffen werden sollten. Monatelang hat die Regierung ihre Projekte mit einem geheimnisvollen Schleier bedeckt, gelegentliche Andeutungen in der offiziellen oder offiziellen Presse vermehrten nur noch die Beunruhigungen. Zugleich von Sachverständigen wurde „nicht beliebt“. Kein Wunder, daß die schließliche Veröffentlichung des monströsen Steuerentwurfs die bedrohten Geschäftskreise in fieberhafte Bewegung brachte. Die Art und Weise, wie die Regierung ihren 500 Millionen-Steuerentwurf vorbereitet, hat sehr wesentlich zu der jetzigen Situation geführt.

Aber die Hauptschuld an der Verlängerung, wenn nicht Verschärfung der Wirtschaftskrise, trägt die Regierung, weil sie wieder den Löwenanteil an der Steuersumme durch Belastung des Verbrauchs aufbringen will! Nach dem Worte des Fürsten Bismarck sind indirekte Steuern zu empfehlen, „da der Zähler nicht merke, was er zahlt“. Das mag zu Bismarcks Zeiten zutreffen haben, heute aber können schon Millionen Staatsbürger, Dank der ihnen gewordenen Aufklärung, nachrechnen, wieviel die Lebenshaltung durch die indirekten Steuern, Zölle und Verbrauchssteuern, verteuert ist. Heute wissen die Geschäftsleute aus trüber Erfahrung, was für Folgen die weitere Erhöhung der Verbrauchsabgaben auf Tabak, Branntwein, Bier usw. insbesondere für den kleinen Unternehmer haben wird. Auch die großen Geschäftshäuser reagieren auf die in Aussicht stehenden Steuern und gerade hierdurch treten die Steuerprojekte in unmittelbare Beziehung mit dem gesamten Wirtschaftsleben. Wenn auch die Großen relativ weniger als die Kleinen besteuert werden sollen, in den Händen der ersteren laufen aber die Fäden der Warenfabrikation und des Umsatzes zusammen. Eine sich nun schon über ein Jahr hingehende steuerliche Projektmacherei hinbert

Kascha.

Von M. v. Reichenberg.

(Schluß.)

„Warum warst Du auch zwei Jahre lang fort! Die andere war mir immer auf den Hacken, und ich bin doch auch jung und hübsig, und sie hat mich toll gemacht mit den Geschichten von Dir und dem jungen Herrn.“

„Schäm Dich, Kaschek!“

„Sie hat es doch gesagt!“

„Sieh mich an! Glaubst Du noch, daß er mein Liebster war?“

Er blickte zur Seite, ohne zu antworten.

„Glaubst Du es noch, wenn ich Dir sage: Bei meiner Seele Seligkeit, es ist alles erlogen, nie war ein anderer mein Liebster als Du?“

Da preßte Kaschek beide Fäuste an seine Stirn und stöhnte so tief und schmerzlich auf wie ein verwundetes Tier; dann ließ er sich auf den Holzblock fallen, der neben dem Stall stand, und stützte ächzend sein Gesicht in die Hände. „Heilige Mutter Gottes, was soll daraus werden!“ murmelte er.

Jetzt stand Kascha dicht vor ihm. „Kaschek“, flüsterte sie, „jetzt sage die Wahrheit! Du hast auf den Herrn geschossen. Ich habe Deine Flinte auf dem Boden gefunden. Die Mutter sagt auch —“

„Die Mutter weiß nichts“, fuhr er auf, „und die Flinte ist ein altes, schlechtes Gewehr, das nichts mehr taugt. Laß mich zufrieden!“

„Kaschek, ich weiß es doch; es ist gerade, als ob mein Schutzpatron es mir ins Ohr sagte, daß ich es ganz genau weiß; Du hast auf den Herrn geschossen, die Hanka weiß es, und deshalb denkst

Du, daß Du sie heiraten mußt, damit sie nichts verrät!“

„Jesus Maria!“ Jaschek bekreuzte sich unwillkürlich und starrte Kascha an, als sei sie ein Gespenst, das sich plötzlich vor ihm aufgerichtet habe.

Kascha stand vor ihm und bebt vor Zorn und vor Liebe zugleich. Sie dachte nicht nach über das, was sie tun oder sagen wollte; sie fühlte aber, daß es auf der Welt nur eins für sie zu tun und zu sagen gab. „Ich habe an Dich gedacht in all den zwei Jahren, bei jedem Groschen, den ich auf die Sparkasse trug, immer, immer“, stieß sie hervor, „und wenn Du eine Sünde auf Dich geladen hast, will ich die Heiligen bitten für Dich, und beim Gericht will ich auch bitten und bei der Herrschaft — alles will ich, aber der Hanka will ich Dich nicht lassen.“

„Sie hat mir doch das Gewehr vom jungen Herrn geborgt, als der verreist war“, stöhnte Kaschek verzweifelt, „einen Hehloch habe ich damit geschossen, denn das alte Gewehr taugte nichts mehr. Und ich habe doch ein Recht auf die Jagd, vom Großvater her. Daß ich den jungen Herrn von drüben angeschossen habe, dafür kann ich nichts, denn er hat zuerst geschossen, und da kam mir die Hake in den Kopf, und ich dachte: er oder ich! Aber er ist ja nicht tot, und das wollte ich ja auch nicht — und daß jetzt unfere Herrschaft krummer davon hat, das wollte ich ja auch nicht. Aber ich kann doch nichts dafür, daß sie so dumme sind beim Gericht, Kascha. Du hast es doch gleich gewußt, wie es war; ja Du, Du bist klug.“ Und als sie sich zu ihm beugte, um kein Wort zu verlieren, da warf er die Arme um sie und drückte sie an sich.

„Ach, das ist ja alles, als ob es nicht wahr wäre, Kascha, gerade so, als hätte ich zu viel getrunken in

der Schenke! Und nun bist Du wieder da und bist so schön und stark. Und ich glaube auch nichts mehr von den Lügen, die mir die Hanka über Dich und den jungen Herrn erzählt hat, gar nichts mehr. Hörst Du?“ Da küßten sie einander wieder, wie einst vor zwei Jahren.

Plötzlich stieß Kaschek sie von sich. „Es hilft doch nichts“, rief er, „die Heiligen mögen mir beistehen, aber es kann und kann ja doch nicht mehr sein — die Hanka ist zu schlecht!“

Kascha, die neben ihm gefauert hatte, sprang schnell erüchtert auf. Jetzt wußte sie wieder alles, was sie tun mußte, und was sie einen Augenblick über Kascheks Küssen vergessen hatte. „Ehe die Hanka Dich verrät, verrate ich Dich, denn mir gehört Du!“

Er schüttelte traurig den Kopf. „Im Gefängnis kann ich Dich so wenig heiraten wie die Hanka.“

„Nein, im Gefängnis heiratet man nicht, aber wenn man herauskommt.“

„Dummes Mädel! Wenn man herauskommt —“ Seine Stimme klang untrübe. Kascha aber fuhr fort: „Die Hanka wartet dann nicht auf Dich, ich aber, ich warte und verdiene noch mehr Geld dazu, und dann heirate ich Dich, denn ich mache mir nichts daraus, daß Du in den Wald gegangen bist; ich mache mir aus nichts etwas, aus gar nichts! Wiaß die Hanka, die darf kein Teil an Dir haben, die darf Dich auch nicht verraten, die nicht!“

Am anderen Morgen ging Kascha zur Herrschaft ins Schloß. Als sie in die Küche kam, wo man sie noch von früher her kannte, wurde ihr hier die ganze Geschichte noch einmal erzählt.

Der junge Herr Franz war in der Universitätsstadt mit dem Sohne des Gutsnachbarn, mit dem er sich schon als Knabe immer gezankt hatte, arg

natürlich die geschäftlichen Dispositionen, hält Fabrikanten und Händler von definitiven Abschlüssen ab, vertritt dadurch die allgemeine geschäftliche Unsicherheit, unter der die Arbeiter so schwer zu leiden haben.

Ueber die Wirkungen der Verbrauchsabgabenerhöhungen auf die Lage der Arbeiterschaft kann absolut kein Zweifel mehr obwalten. In dürren Worten kündigen die Unternehmervereinigungen der Tabakbranche und des Baugewerbes an, sie würden trachten, so viel wie möglich durch intensivste Ausnutzung der Arbeiter bei gleichzeitiger Lohnreduzierung sich gegenüber den neuen Steuern schadlos zu halten. Die Zahl der aus Unternehmerkreisen an den Reichstag gelangten Petitionen und Denkschriften ist Legion. Auch der rabiateste Anhänger des indirekten Steuersystems muß aus diesen, zum Teil auch von Arbeiterorganisationen unterstützten Denkschriften den Eindruck gewinnen, daß die Sache so nicht weiter gehen kann. Nachdem 1906 ein ganzes Bündel indirekter Steuern Gewerbe, Handel und Verkehr beschert worden ist, kommt schon wenige Jahre später eine neue Schröpfung. Auf wen endlich die Lasten in der Hauptsache abgewälzt werden, zeigt die unerhört verteuerte Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Wohl behaupten die Liberalen und konservativen Zöllner und Steuerfürder, ihre Wirtschaftspolitik habe keinen ungünstigen Einfluß auf die Lebenshaltung der breiten Volksmasse gehabt; ja es wird dortselbst neuerdings dreist und gottesfürchtig behauptet, nie sei das Brot und Fleisch billiger gewesen, als nach Inkrafttreten der bedeutend erhöhten Lebensmittelpreise! Aber dazu stehen im schreienden Gegensatz die massenhaften, aus allen Teilen des Reiches stammenden Petitionen und Petitionen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten betreffend Veränderrichtigungen bei der Normierung der Wohnungszuschüsse. Den Petitionen sind häufig statistische Nachweisungen über Preise der wichtigsten Lebensmittel und der Wohnungen beigelegt, von der Ortsbehörde beglaubigt. Ohne zu übertreiben kann gesagt werden, daß die mitgeteilten Wohnungszuschüsse ein grauenvolles Bild kulturwidriger Zustände entrollen. Ueberhöferte Wohnungen, ungesunde Behausungen werden in ungeahntem Umfang aufgedeckt. Die Mietpreise steigen unaufhörlich, was die große Masse der unteren und mittleren Beamten veranlaßt, sich noch mehr einzuschränken, oft noch schlechtere Wohnungen zu beziehen. Ein unerbittlichmäßiger viel höherer Teil des Einkommens muß nämlich heute gegen früher für den Einkauf der Nahrungsmittel ausgegeben werden. Das ist die brenzlige zu befürchtende Lebensnotwendigkeit; und da wiederholen — häufig mit Anführung behördlich beglaubigter Marktpreise — die Petenten, daß die Hauptursache ihrer Notlage die ungewöhnlich ge-

stiegenen Lebensmittelpreise sind! Was von den Sozialdemokraten als die unausbleibliche Folge der konservativ-ultramontanen Zoll- und Steuerpolitik vorausgesetzt, von den Junkern und den Zentrums-„Sozialpolitikern“ bestritten wurde, das wird nun im vollen Umfange durch die Petitionen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten bestätigt.

Ein Bestätigung liegt auch in den Gesetzentwürfen betreffend die Aufbesserung der Beamtengehälter. Sie werden begründet mit der Verteuerung der Lebenshaltung! Was aber für die Beamten gilt, trifft natürlich auch zu auf die Arbeiter und die kleinen Handwerker und Geschäftleute. Die Beamten haben immerhin ein von vornherein festes, durch keine Konjunkturschwankungen beeinflusstes Einkommen. Dagegen erleiden jetzt schon seit bald zwei Jahren Hunderttausende, ja Millionen von Arbeitern und Kleinhandwerkern schwere Einbußen an ihrem Einkommen. Zumal die Massen der Bauarbeiter befinden sich nun schon jahrelang in schmerzgedrückter Lage, nicht minder die Textilarbeiter und große Teile der Metallarbeiter und Vergarbeiter und auch unsere Kollegen und Kolleginnen. Die Löhne sind gesunken, die Lebenshaltung ist teurer geworden. Daß die Wirtschaftslage in Deutschland so lange eine schlechte ist, die geschäftliche Depression noch immer nicht überwunden werden konnte, hängt ebenfalls zusammen mit der konservativ-ultramontanen Zoll- und Steuerpolitik, die die Kaufkraft der Masse empfindlich schmälert und dabei noch fortgesetzte Beunruhigung in das Geschäftsleben trägt. Der beliebten Behauptung, diese Zoll- und Steuerpolitik sei keine stärkere Belastung der ärmeren Klassen, haben die Regierungsvertreter nun selbst widersprechen müssen, indem vom Regierungstisch eingestanden werden mußte, neben den Verbrauchsabgaben müsse auch eine steuerliche „Peranziehung i. e. Besitzes“ erfolgen! Darin liegt das Eingeständnis, daß die deutsche Zoll- und Steuerpolitik sich als eine Belastung der Armen zugunsten der Reichen charakterisiert!

Dem gegenüber ist es nicht nur hinsichtlich der Tragfähigkeit dieser Volksschichten, sondern auch mit Rücksicht auf die mit der jetzigen Steuernichtwirtschaft untrennbar verbundene Beunruhigung und Störung unseres Wirtschaftslebens unabwiesbar geboten, die Reichserfordernisse durch direkte Peranziehung der Besitzenden zu decken. Nur eine direkte nach dem Besitz und Einkommen steigende Vermögens- und Einkommensteuer, kann als eine gerechte und gründliche Reichsfinanzreform bezeichnet werden. Das ist das von der Sozialdemokratie vertretene, zweifellos volkstümliche Steuerprogramm.

Die Kundgebungen zur Reichs-Verversicherungsordnung.

ar. Kaum drei Monate sind vergangen, seit der Entwurf der Regierung der öffentlichen Kritik unterbreitet worden ist. Und schon haben sämtliche in Betracht kommenden Interessentengruppen zu ihm Stellung genommen. Bei dem Umfang des Stoffes immerhin eine respektable Leistung und eine Promptheit, an der die Reichsregierung sich ein Vorbild nehmen kann. Die Kritik hat gezeigt, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung kaum auf Annahme im Reichstage rechnen kann. Bis auf wenige, bedeutungslose Ausnahmen stehen alle die verschiedenen Gruppen dem Entwurf ablehnend gegenüber, freilich zum Teil aus einander widersprechenden Gründen. Je länger die Erörterungen fortgesetzt werden, um so deutlicher wird es, daß es sich hier um eine reine wirtschaftspolitische Aktion handelt, bei der weder „Einsicht“ noch „Wohllollen“ entscheidet, vielmehr nur die wirtschaftlichen Interessen der Beiträger.

Sehen wir ab von der ebenso imposanten wie vernichtenden Kritik, die der letzte allgemeine Frankfurter Kongress geübt hat, so ist bei anderen politischen Verhältnissen von besonderer Bedeutung die Stellungnahme des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Dieser hat dem Bundesrat eine Erklärung überreicht, in der er eine ganze Reihe von Ausstellungen an der Vorlage vorbringt. Er hält es für verfehlt, die verschiedenen Versicherungsarten in einem Gesetz zu behandeln, wodurch die praktische Handhabung sehr erschwert werde. Entschiedener Einspruch wird erhoben gegen die „überaus hemmenden und beschränkenden Bestimmungen gegenüber den Betriebskrankenkassen“. Die geplanten Versicherungsämter seien nicht überflüssig, sondern direkt schädlich.

Die Berufsgenossenschaften nahmen auf einem außerordentlichen Verbandstag sehr entschiedene Stellung. Fünf Referenten sprachen nicht mit oft recht heftigen Angriffen auf die Regierung und was sie besäumten, wurde in der Diskussion reichlicher nachgeholt. In einer längeren Resolution wird ebenfalls gegen die Versicherungsämter Protest erhoben. Mit „vollstem Nachdruck“ wendet man sich besonders gegen die Teilnahme der Versicherungsämter an der Ueberwachung der Unfallversicherung. Zu verwerfen sei auch die Kapitalbindung der verletzten Ausländer. Den gewerblichen Betrieben dürften nicht weitere Kapitalien zur Festlegung in den Reservefonds der Berufsgenossenschaften entzogen werden. Dem auf der Tagung anwesenden Ministerialdirektor Dr. Caspar hatte man so zugesagt, daß er schließlich auf das Wort verzichten werde.

Auch der Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen sprach sich in einer sehr stark besuchten Verbandsversammlung, wie nicht anders zu erwarten war, für die Aufrechterhaltung der Betriebskassen in ihrer jetzigen Gestalt aus. Auch er nahm Stellung gegen die Versicherungsämter, die „einen

aneinander geraten. Eine schöne junge Dame stand zwischen ihnen; das hatten die klugen Herren vom Gericht herausgebracht. Als man nun am ersten Abend, den die beiden jungen Männer in der Heimat verbrachten, den einen von ihnen halbtot im Walde fand, und als sich herausstellte, daß die Kugel, die man ihm aus der Schulter zog, das Kaliber der Expressbüchse hatte, die frisch gereinigt im Gewehrschrank des anderen stand, da hatte man gemeint, daß Verdachtsmomente genug vorlägen, um den jungen Herrn Franz auf Ehrenwort zu verpflichten, fürs erste das elterliche Haus nicht zu verlassen. Da der Gutsherr sich für ihn verbürgte, hatte man ihn noch dort gelassen, aber das häßliche Wort „verhaftet“ war doch einmal gefallen und von den Leuten weitergetragen worden.

„Sobald der junge Herr drüben, der jetzt im Wundfieber liegen soll, vernunftmäßig ist, wird es sich schon herausstellen, daß unser Herr Franz unschuldig ist“, sagte die Wirtschaftlerin zusehends. Aber der Diener meinte, das könnte noch wer weiß wie lange dauern, und am Ende stirbt der junge Herr doch noch. Es sei eine böse Geschichte.

Mascha hörte mit niedergeschlagenen Augen zu und hat nur wiederholt, man möchte sie bei der gnädigen Herrschaft melden. Zwischendurch sah sie sich auch verstohlen um, ob Hanska etwa in der Nähe sei, aber die ließ sich nicht blicken. Als sie gerade den schweren Weg ins Zimmer der gnädigen Frau antreten wollte, um ihren Herzliebsten anzugeben, da hörte sie Jascheks Stimme vor der Küchentür. Sie blieb stehen und horchte auf.

Da trat er herein und ohne Mascha anzusehen, sagte er zum Diener: „Wenden Sie mich beim gnädigen Herrn, ich habe ihm was Wichtiges zu sagen.“

„Na, na, betrifft es etwa den jungen Herrn?“
„Gerade den; machen Sie schnell, es hat Eile!“
Er sah rot im Gesicht aus, aber so entschlossen und männlich, daß Mascha dachte: Mag er getan haben, was er will, der Beste und Liebste ist er doch!

„Wir wollen draußen warten“, sagte sie und trat vor die Tür. Er folgte ihr.

„Du kommst nach Hause gehen“, meinte er, „ich werde allein sagen, was nötig ist, ich habe es mir überlegt. So ein Hundsdöft und Zammermensch, wie Du denkst, bin ich nicht.“

„Ach Jaschek, ich denke ja gar nichts!“
„Nede Dich nicht aus. Du hast es mir heute nacht gesagt. Und nun sage ich Dir etwas: Lieber das Gefängnis und dann Dich als die Freiheit und Sankt!“

Sie wurden zur Herrschaft gerufen. Das gab dann ein Aufheben, Vorwürfe und Lob, scharfen Tadel und sanfte Rührung durcheinander.

„Aber, daß Du ihn später heiraten willst“, sagte der Gutsherr zu Mascha, „das schlage Dir aus dem Kopf, Du kommst einen Besseren haben!“

„Es gibt Schlimmere, gnädiger Herr“, meinte Mascha.

„Gewilddiebt hat er doch einmal!“ rief der Herr. „Sein Großvater war doch Förster!“ entschuldigend Mascha.

„Und untreu war er Dir und ist beinahe zum Mörder geworden“, warf die Gutsherrin ein.

„Ach, gnädige Frau, in der Hipe weiß so ein Mann nicht, was er tut; wenn er mich heiratet, kommt so was nicht wieder vor, und — seine Strafe kriegt er ja auch!“ Sie seufzte, und die Gutsherrin meinte, an Mascha sei ein Advokat verborgen.

„Was mach ich nun mit Dir?“ fragte der Guts-

herr und sah halb strafend, halb wohlwollend Jaschek an; „fortlaufen kann ich Dich nicht lassen.“

Der Gendarm, der gerade auf den Hof kam, entschied die Frage. Der junge Herr auf dem Nachbargut, dem es bedeutend besser ging, hatte seine Aussagen zu Protokoll gegeben, und der Gendarm kam nun, um den Jaschek zu verhaften. „Sag der Kerl ein Glid, daß er sich gerade noch selber stellt, ehe wir ihn am Genick fassen“, sagte der Gendarm; „was klügeres konnte er gar nicht tun, um seine schlechte Sache zu verbessern.“

Jaschek sah Mascha dankbar an, und der Gutsherr fragte: „Steht die Sache wirklich schlecht?“

Der Gendarm suchte die Achseln. „Na, es wird sich wohl machen“, antwortete er; „dem zugegeben hat der junge Herr, daß er zuerst geflohen hat in der Hipe, und — vorbestraft ist der Jaschek ja noch nicht. Ein Kaff, denke ich, wird es wohl sehen, bei mitberenden Umständen.“

Der Gutsherr ließ anspannen und schickte den Gendarm mit dem Verhafteten in die Stadt.

Ehe Jaschek den Wagen bestieg, reichte er Mascha die Hand. „Ich vergesse Dir das niemals, Mascha“, sagte er, „und Du, vergiß Du mich auch nicht! Versprich mir das!“

Sie nickte und drückte die Schürze an die Augen. Aber als der Wagen fort war, richtete sie sich wieder stramm auf und sagte zu der Köchin, die ein Lamento über die Schicklichkeit der Welt anschlugen wollte: „Was ist's weiter? Etwas Schlechtes hat der Jaschek nicht getan. Und daß er wegen seiner „Hipe“ ins Gefängnis kommt, das ist noch keine Schande. Dabig muß jeder rechte Mann sein, und später — da werde ich ihn schon in Ordnung halten!“ Und hoch aufgerichtet verließ sie festen Schrittes den Hof.

neuen großen, kostspieligen Verwaltungsapparat darzustellen. Auch die vorgesehenen Maßnahmen in der Herzfrage sicherten keinen genügenden Schutz der Kassen vor den Ärzten. Entschieden sei die freie Apothekenwahl abzulehnen. Die Hälfte der Rechte und Pflichten zwischen Arbeitgeber und Versicherten sei notwendig, da die Ortskrankenkassen unter die Herrschaft einer politischen Partei gekommen seien.

Auch die Invalidenversicherungsanstalten nahmen in einer Vertreterversammlung Stellung. Sie sahen den Entwurf zwar als geeignete Grundlage für die Fortbildung der Arbeiterversicherung an, doch bedürfe es in vielen und wichtigen Punkten der Änderung und Ergänzung. Auch sie sind von den Versicherungsämtern nicht erbaut. Wenigstens sollten sie nicht die ihnen zugesicherten Rechte erhalten. Unter allen Umständen soll der behördliche Charakter der Versicherungsanstalten erhalten bleiben. Der ärztliche Dienst müsse noch weiter sichergestellt werden. Zu berufen sei auch, daß vom Vermögen der Versicherungsanstalten mindestens ein Viertel in Anleihen des Reiches angelegt werden müsse. Zur weiteren Prüfung des Entwurfs wurde ein Ausschuß eingesetzt.

Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine hatte sich zu einem Referat auf seinem Delegiertentag einen Regierungsrat besorgt. Gleichwohl gab er in einer Resolution, der Erwartung Ausdruck, daß der Gesetzentwurf in vielen und wesentlichen Punkten eine wesentliche Änderung erfahre, damit den berechtigten Wünschen der Versicherten und den Interessenten der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen werde. Es unterliege „großen Bedenken, den Mitgliedern der Krankenkassen die Zweidrittelmehrheit zu nehmen, die sie bisher hatten“. In der Zulassung der Arbeiter zu den Versicherungsämtern könne ein Ausgleich hierfür nicht gefunden werden. Im übrigen fordert die Resolution in zum Teil recht sachverständiger Weise Ausbau der Leistungen, Erweiterung des Kreises der Versicherten, Zentralisation der Versicherungseinrichtungen usw. Als Neuerung wird vorgeschlagen, den Versicherungsämtern, die der Verbandstag billigt, den Arbeitsnachweis anzugleichen.

Die schärfste Opposition bereiten der Vorlage die Ärzte. Sie reden von Rechtslosmachung, Bedrohung der Existenz u. dergl. Der Entwurf mit seinen Zwangsmaßnahmen sei ein echtes Ausnahmegericht gegen die Ärzte, das unter allen Umständen abzulehnen sei. Von der Versicherung, auch der freiwilligen, müsse ausgeschlossen sein, wer ein Einkommen über 2000 Mark beziehe. Der Leipziger Ärzteverband fordert seine Mitglieder zur Abgabe einer Erklärung auf, in der jeder einzelne Arzt sich verpflichten soll, bei der Ein- und Durchführung der Versicherungsordnung seine Mitwirkung zu versagen und, wenn nötig, jede Tätigkeit bei Krankenkassen einzustellen, falls die Bestimmungen über den ärztlichen Dienst in der vorliegenden oder gleichbedeutenden Form Gesetzeskraft erlangen sollten. Maßgebend soll das Urteil des deutschen Ärztekongresses sein. Also die Androhung des Generalstreiks der Ärzte in aller Form. Ob das Erfolg haben wird? Die Situation der Regierung ist danach keine beneidenswerte. Welchen der widerstrebenden Wünsche soll sie gerecht werden? Wenn sie von dem sachgemäßen Standpunkt ausginge, daß die Sozialversicherung geschaffen worden ist, um die Lage der ärmsten Volksschichten zu heben und sicherzustellen, daß also vor allem die Interessen der Versicherten dabei entscheidend sein müssen, so könnte ihr die Wahl nicht schwer fallen. So aber weiß sie, namentlich in der Herzfrage, nicht, wem sie recht geben soll. In jedem Falle kann der Entwurf nicht in der vorliegenden Form an den Reichstag kommen, geschweige denn Gesetz werden. Vieles bedarf dringender Umgestaltung. Darum wird und darf die Beratung auch nicht zu schnell gehen. Ein so umfangreiches und bedeutungsvolles Gesetz bedarf gründlichster und gewissenhaftester Vorbereitung und Durchberatung.

Internationales.

Schweiz. Der 12. Verbandstag des Schweizerischen Buchbinderverbandes kam — nach dem Organ des gleichen Verbandes zu urteilen — keinen Anspruch darauf erheben, Beschlüsse von besonderer Bedeutung gefaßt oder überhaupt irgendwelche besondere Bedeutung an sich gehabt zu haben. Der wirtschaftliche Niedergang als auch der letzte Verbandstag in Bern, der eine Beitragserhöhung von 40 Prozent brachte, verursachten, daß von einer weiteren Beitragserhöhung Abstand genommen werden mußte. Die Schaffung eines Sekretariats resp. die Freistellung einer agitatorischen Kraft wurde abgelehnt. Prinzipiell

wurde jedoch die Notwendigkeit einer solchen Freistellung anerkannt. Auch die Anträge auf Vergrößerung der Zeitung und auf achtstündige Erscheinungsweise derselben wurden abgelehnt, wie überhaupt alle Anträge, die auf eine Belastung der Kasse hinausliefen, keine Mehrheit fanden.

Rußland. Der „Rigaer Verein der im Buchgewerbe Tätigen“ hat unter dem 20. Mai ein neues Verbandsorgan, „Baltischer Bucharbeiter“, erstmalig herausgegeben. Dasselbe soll zunächst monatlich erscheinen. Dem neuen Kämpfer ein herzliches Willkommen.

Holland. Unsere holländischen Kollegen sind bekanntlich — soweit sie den Wert der Organisation erkannt haben — dem Allgemeinen niederländischen Typographenverband, der gemeinsamen Organisation des Buchgewerbes, angeschlossen. Dieser Verband ist einer der stärksten des Landes und wird an Mitgliederzahl nur noch von dem Diamantarbeiter- und dem Gemeindearbeiterverband übertroffen. Das Verbandsorgan „Grafisch Weekblad“ zeugt davon, daß das Verbandsleben sehr rege ist und daß im allgemeinen eine umfangreiche Tätigkeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entfaltet wird. Leider erfährt man aus dem Verbandsorgan allzuwenig von den Buchbindern, und wir waren lange in Zweifel darüber, ob überhaupt noch eine nennenswerte Zahl unserer holländischen Kollegen organisiert sei. In der neuesten Nummer des „Grafisch Weekblad“ finden wir jedoch eine nach Branchen und Berufen geordnete Übersicht über die Mitgliederzahl des Verbandes. Sie beträgt 3335. Im letzten Jahre hat der Verband trotz der schlechten Wirtschaftslage mehr als 500 neue Mitglieder gewonnen. Unter den 3335 Mitgliedern befinden sich 385 Buchbinder. Ob dabei auch Buchbindereiarbeiterinnen mitgezählt sind, ist aus der Tabelle nicht zu ersehen. Übrigens ist ja die Zahl selbst für ein Land mit über 5 Millionen Einwohnern leider noch sehr gering. Sie verteilt sich auf eine ziemlich große Zahl von Orten, wo jedoch meist nur einzelne unserer Kollegen, offenbar solche, die in Buchdruckereien tätig sind, dem Verband angehören. Von den Großstädten hat Amsterdam 144, Rotterdam 92, Haag 56, Groningen 46 organisierte Buchbinder. Es ist also auch in diesen Städten, wie im ganzen Lande, noch viel Organisationsarbeit von unseren Kollegen zu leisten. Zweckmäßig würde es uns erscheinen, wenn das „Grafisch Weekblad“ das Buchbindergewerbe etwas mehr berücksichtigte. Als unsere holländischen Kollegen noch ihr eigenes Organ herausgaben — es dauerte ja allerdings nicht sehr lange — da gewann man mit jeder neuen Nummer den Eindruck, daß es ihnen keineswegs an Leuten fehlte, die anregend, belehrend und aufklärend zu schreiben und ein Gewerkschaftsblatt gut zu redigieren verstanden. Vielleicht sorgen unsere Kollegen auf dem bevorstehenden Verbandstag dafür, daß sie in dem Verbandsorgan nun etwas mehr als bisher zu Worte kommen.

Krise, Unterstützungseinrichtungen, Extrasteuer.

Die gegenwärtige Lage des Weltmarktes entbehrt noch jedweder Anzeichen, die auf eine aufsteigende Konjunktur schließen ließen. Der wirtschaftliche Niedergang scheint vielmehr seinen äußersten Tiefstand noch nicht erreicht zu haben. Die Arbeiterlosigkeit hat also noch keinerlei Aussicht, in absehbarer Zeit von dem sehr schwer auf ihr lastenden Alp befreit zu werden. Wenn man bedenkt, wach ungeheures Elend die gegenwärtige Krise mit sich gebracht hat und sich vor Augen führt, was alles noch auf diesem Gebiet in Aussicht steht, so darf wohl gesagt werden, daß man mit ziemlich gemischten Gefühlen in die Zukunft schauen muß. Es muß vorausgesetzt werden, daß die Arbeitslosigkeit, die im Vorjahr schon ungeheure Dimensionen angenommen hat, noch eine weitere Steigerung erfahren dürfte. Dieser Umstand eröffnet für die verlassene Klasse allerdings sehr traurige Perspektiven für die aller nächste Zukunft. So manche Betriebe, die bis jetzt noch voll beschäftigt waren, dürften in Zukunft die Arbeitszeit einschränken. Andere dagegen, die schon seit Jahresfrist mit eingeschränkter Arbeitszeit bedacht waren, dürften gezwungen werden, diese noch mehr als bisher abzufürzen. Selbstverständlich sind auch noch weitere Entlassungen zu gewärtigen.

Angesichts dieser besonders trüben Aussichten darf man sehr wohl die Frage etwas näher ventilieren: „Was wird nun aus der nach Tausenden zählenden Masse der arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen?“ — Eine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit, ähnlich der gegen Krankheit, existiert allgemein im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitten leider noch nicht. Staat und Kommunen haben sich wohl schon wiederholt mit diesem Problem beschäftigt, ohne daß etwas dabei herausgekommen wäre. Wohl haben einige Städte wie Straßburg, Mainz, Frankfurt a. M. und andere Einrichtungen getroffen, die geeignet sind, die allerkräftigste Not einigermaßen zu lindern. Eine größere Anzahl Städte, zum Teil auch Bundesstaaten, haben sogenannte Notstandsarbeiten in Angriff genommen, um auf diesem Weg etwas zur Binderung des Elends der Arbeitslosen beizutragen. Alle diese Maßnahmen bilden jedoch einen kleinen Tropfen auf den heißen Stein. Ohne allzu pessimistisch zu sein, darf man wohl sagen, daß auch diese sehr primitiven Hilfsmittel hauptsächlich dem Zwang der Verhältnisse, keineswegs aber dem eigenen Trieb entsprungen sind. Mag sein, daß in vereinzelten Fällen die soziale Einsicht und das nötige Pflichtgefühl bei den Behörden vorhanden war. So hat z. B. die Stadtgemeinde Straßburg i. E. diesbezügliche Einrichtungen getroffen, die allen andern als Vorbild gelten dürfen und sich praktisch gut bewährt haben. Auch die kleine Stadt Erlangen in Bayern hat aus Gemeindemitteln einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gewährt. So unzureichend die bisherigen Unterstüßungen der Kommunen auch noch sein mögen, so darf aber wohl in Betracht gezogen werden, daß damit eine gewisse Pflicht anerkannt wird, die man von Staats wegen vielfach absolut nicht anerkennen wollte. Diese Einrichtungen besagen nicht mehr und nicht weniger, als daß man sich der Tatsache auf die Dauer auch in regierenden Kreisen nicht verschließen kann. „Staat und Kommunen sind verpflichtet, denjenigen ihrer Bürger, die im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, infolge der vorherrschenden planlosen Produktionsweise diese aber nicht verwerten können, Gelegenheit zu geben, ihre Existenz zu fristen!“ Das Recht auf Arbeit ist damit — wenn auch stillschweigend — anerkannt und das Recht auf Arbeit schließt das Recht der Existenz in sich ein.

Da wir nun gerade dabei sind, Betrachtungen anzustellen, inwieweit Staat und Kommunen sich mit diesem Problem beschäftigt haben, bzw. welche Maßnahmen da und dort zu verschiedenen Zeiten ergriffen wurden, so soll nicht veräußert werden, in gedrängter Kürze ein Bild hierüber zu entwerfen. Es ist hierbei notwendig in das Altertum zurückzugreifen, zu untersuchen, was im alten Griechenland und Rom auf diesem Gebiet unternommen wurde. Ferner die Maßnahmen des Mittelalters zu streifen, um so einen übersichtlichen Zusammenhang bis in die neueste Zeit zu gewinnen.

Die alten Kulturstaaten Griechenland und Rom sorgten für ihre Arbeitslosen durch Gewährung von Land, durch Zuweisung von Arbeit, Nahrungsmitteln, Kleidung und Geldunterstützung. Im deutschen Mittelalter und noch mehr zum Beginn der Neuzeit in England wurden die „verschuldeten“ Arbeitslosen gehängt und gepeitscht und in den gesegneten Zeitaltern unserer höchsten Kultur läßt man sie mit ihren Familien verelenden und, wie in Berlin wirklich geschehen, beruhigern.

Daß der Staat die Pflicht hat, denen, die arbeiten wollen, Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, das hat man nicht nur im Altertum, sondern auch im 18. Jahrhundert gewußt. In Frankreich hat man bereits 1789 Staatswerkstätten eröffnet. Und in Deutschland erkaunte man die Verpflichtung zur Unterstützung Arbeitsloser. So enthält z. B. das Privilegium der Sonneberger Kaufmannschaft, das der Herzog von Sachsen-Weimingen am 24. Februar 1789 erließ; daß die Kaufleute verpflichtet seien, „alljährlich von denen Arbeitern soviel gute preiswürdige Ware zu festem Einkaufspreis, und davon in Vorrat zu legen, als in einem Jahr von unseren dasigen Untertanen gemacht werden.“ Um diese Art Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu ermöglichen, wurden den Kaufleuten eine Anleihe aus der herzoglichen Landeskassenschatz bewilligt. Es wurde aber auch noch ferner bestimmt, daß bei Ueberfüllung die Arbeiter, die solche Ware anfertigen, bis die Vorräte abgesetzt seien, andere Arbeit erhielten. Damals wurde freilich diese Sozialpolitik des Staates und die Verpflichtungen des Unternehmers gegen die Arbeiter damit begründet, daß die Arbeiter diejenigen Personen seien, von welchem der Kaufmann (Unternehmer) „seine Nahrung zieht“. Im Jahre 1789 wußte man also noch in Deutschland, daß die Arbeiter diejenigen seien, die die Nahrung für die Gesellschaft schaffen. Heute bezeichnet man umgekehrt den „Nahrungszieher“ als den „Brotgeber“.

In Wahrheit zieht sowohl der Staat wie das ganze Unternehmertum alle Maßregeln von den Arbeitern und schon aus diesem Verhältnis allein folgt die Verpflichtung, Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Wir wissen aus den Veröffentlichungen über die Palasthotelverschönerung, warum die Sozialpolitik im Reich keinen Schritt vorwärts kommt. Warum sich insbesondere der Nachfolger des Grafen Posadowsky gegen die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen hat. Die Herren dulden so etwas eben nicht, „sonst schmeißen sie die ganze Geschichte“ samt den Ministern. Wir erinnern uns auch, daß die preußischen Junker in der landwirtschaftlichen Woche, während Hunderttausende Arbeitslose in Berlin vorhanden waren, die Arbeitslosenversicherung für „groben Unfug“ erklärten.

Nachdem sonach die Arbeitslosenversicherung im Reich u. d. Preußen einstweilen aussichtslos scheint, müssen wir um so mehr bei den Einzelstaaten auf die Durchführung dieser Aufgabe drängen. Es ist ein Verdienst der bayerischen Regierung als erste, auf Anregung der Sozialdemokraten, ernsthaft die Lösung dieses Problems zu fördern.

In einer unlängst in München tagenden Konferenz wurde nach ausgiebiger Debatte mit 10 von 15 Stimmen beschloffen, ein Statut auszuarbeiten und den Städten als Grundlage zur Arbeitslosenversicherung zu empfehlen, nach dem die Gemeinden die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften subventionieren und auch den unorganisierten Arbeitslosen in irgendeiner Form die Vorteile der städtischen Unterstützung zu gewähren haben. Die Vertreter der Handelskammer Nürnberg, der Landwirtschaft, der Industriellen und der Handwerkskammer München erklärten sich gegen jede Unterstützung der von ihnen Auftraggebern ausgebeuteten und brotlos gemachten Arbeiter.

Eine besonders wichtige Ausführungen anlässlich genannter Konferenz mögen hier folgen. Genosse Simon, Vorsitzender des Zentralverbandes der Schuhmacher, wies darauf hin, daß das Berner System, das der Referent Fleischmann empfahl, überall Schiffbruch gelitten habe. Wollte man etwas Praktisches schaffen, dann müsse man das „Genter System“, welches sich überall bewährt habe, annehmen. Entschließe man sich trotz aller Erfahrungen für den Antrag des Herrn Fleischmann, dann beweise man, daß man nichts tun wolle. Auf den Einwurf, daß man gegen die Arbeitslosigkeit nichts tun könne, antwortete Simon: Dies bedeute die Bankrotterklärung unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Hunderttausende von Arbeitern leiden unter der Arbeitslosigkeit, welche durch unsere heutige geradezu verrückte Produktionsweise hervorgerufen werde. Die Verdrücktheit dieser Produktionsweise werde wohl am besten durch folgendes Zwiegespräch zwischen einem Mann und einem armen Jungen charakterisiert: „Warum gehst Du barfuß, mein Junge?“ — „Ich habe keine Stiefel.“ — „Was ist Dein Vater?“ — „Schuhmacher.“ — „Warum macht er Dir keine Stiefel?“ — „Er ist arbeitslos.“ — „Warum ist er arbeitslos?“ — „Weil es zuviel Stiefel gibt.“ Mit diesem Zwiegespräch sei die Situation klar und treffend gekennzeichnet.

Mit Simon traten in der Diskussion die Herren Käser-Münch, die Landtagsabgeordneten Hübsch und Oswald, Gewerkschaftssekretär Jakobson-München und Mühriger-München, sowie Herr Bürgermeister Hofrat Dr. Kippel-Erlangen für das Genter System ein. Ebenfalls hat sich Herr v. Pestalozza in seinem schriftlichen Bericht für das „Genter System“ ausgesprochen. Die Gegner des „Genter Systems“, Herr Rechtsrat Fleischmann-München, der Vertreter des Magistrats der Stadt Augsburg und Oberbürgermeister Kraft-Ludwigs-Hafen stellten sich auf den Standpunkt, daß es unmoralisch sei, ohne Gegenleistung eine Unterstützung zu geben. Dies sei nichts weiter als eine Umgehung der Armenpflege. Wenn man die Arbeiter selbst befrage, so würde man erfahren, daß diese ein Geschenk von der Stadt gar nicht haben wollen. Außerdem sei das „Genter System“ eine einseitige Bevorzugung der Gewerkschaften.

Daß die Vertreter der Industriellen, des Handwerks und der Landwirtschaft jede auch nur irgendwie geartete Unterstützung Arbeitsloser ablehnen, war vorauszusetzen, nicht aber, daß es in so offen brutaler Weise geschehen würde.

Die Ausführungen des Herrn Rechtsanwalts König als Vertreter der bayerischen Industriellen gipfelten darin, daß die Voraussetzungen für die Arbeitslosenunterstützungen nicht gegeben seien. Es sei zwar zuzugeben, daß in einzelnen Städten Arbeitslosigkeit herrsche, diese sei aber nicht so groß, daß sich ein Eingreifen des Staates oder der Städte notwendig mache. Dagegen herrsche wieder in anderen Zweigen, so insbesondere in der Landwirtschaft, Arbeitermangel. Alles ströme heute nach den großen Städten, ohne Rücksicht, ob Arbeit vorhanden sei. Die Politik der Gewerkschaften fördere die Arbeits-

losigkeit, sie ist darauf gerichtet, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu lockern, auch die habe dann mehr ein Interesse, sich um Arbeit zu bemühen. Der Staat muß über den Parteien stehen, darf daher keine Partei, am allerwenigsten aber die sozialdemokratische Partei, unterstützen.

Wie sich Herr König die Neutralität des Staates gegenüber den Parteien denkt, das sprach er im Laufe der Diskussion noch deutlicher aus. Es wurde in der Diskussion von einem Redner (Oswald) hervorgehoben, daß bei Aussperrungen, welche über den einzelnen Ort hinausgehen, ebenfalls Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden müßte, selbst Minister v. Pfaff habe unlängst im Steuerauschuß anerkannt, daß sehr häufig Aussperrungen vorgenommen würden, an welchen die davon betroffenen Arbeiter unschuldig seien. Hierauf erwiderte Herr König: Die Industriellen müssen von der Regierung verlangen, daß sie sich in den wirtschaftlichen Kampf nicht einmische, tue sie das, so sei es eine Verletzung der Parität gegen die Industriellen energisch Front machen würden. Sie offenbarte sich der brutalste Unternehmerstandpunkt, der sich besonders in dem Munde des früheren jungliberalen Herrn König wunderbar ausnahm. Diese Worte waren in einem solchen Befehlsston gesprochen, daß der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Weß, sich veranlaßt sah, dieselben scharf zurückzuweisen. In der Gruppe derjenigen, die jede Arbeitslosenversicherung ablehnen, folgte nun Herr Architekt Grefft-München. Er ist der Meinung, daß der Arbeiter heute schon von der Wiege bis zum Grabe versichert sei, es sei weder notwendig, noch zweckmäßig, den vielen Versicherungen auch die gegen Arbeitslosigkeit hinzuzufügen, dadurch würde der Drang, sich selbst zu helfen, verschwinden. Den selbständigen Gewerbetreibenden gehe es heute vielfach schlechter wie den Arbeitern. Die Faulheit und Arbeitscheue würde durch die Arbeitslosenunterstützung gefördert.

Nach der hochwohlwollenden Auffassung des Herrn Architekt Grefft — und der muß es ja wissen — führt die Arbeitslosenunterstützung zur Förderung der Faulheit und Arbeitscheue! —

Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sich hier die hartzerzogene Grausamkeit der sogenannten „gebildeten“ Klasse. Die Beherrscher der wahnsinnigen Produktionsweise haben für das von ihrer Sippe verschuldete Elend, bzw. für die davon hart Betroffenen lediglich brutalen Hohn übrig! Die Opfer ihrer Profitgier vor der allerbittersten Not zu bewahren, überlassen sie kaltblütig der besitzlosen Klasse. Was würde wohl aus den nach Tausenden zählenden Opfern der besonders schweren wirtschaftlichen Krise geworden sein und noch werden, ohne die gut ausgebauten Unterbringungseinrichtungen der freien Gewerkschaften? —

Vom „Deutschen Buchbinder-Verband“ sind an Arbeitslosenunterstützung, seitens der Verbandskasse, im Jahre 1908 130 308,17 Mk. verausgabt worden. Rechnet man noch etwa 23 000 Mk. Lokalunterstützungszuschüsse hinzu, so stellt sich die Ausgabe dieses Unterstützungszweigs auf etwa rund 153 000 Mk. Ziehen wir aber noch in Betracht, daß von den Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Buchdrucker u. a. ihrer hohen Mitgliederzahl entsprechend Summen von mehreren Millionen für diesen Zweck verausgabt wurden, so darf ohne jede Ueberhebung gesagt werden: „Die freien Gewerkschaften haben das sehr schwierige Problem der Arbeitslosenversicherung, aus eigener Kraft, vorzüglich zu lösen verstanden!“ Sie haben Staat und Kommunen den Weg sehr deutlich gezeigt, der beschritten werden muß, um auch diese sehr zeitgemäße Aufgabe praktisch zu erfüllen. Wie auf so verschiedenen anderen Gebieten, so dürfen auch hier mit Zug und Recht die freien Gewerkschaften als Bahnbrecher bezeichnet werden, denen die Gesetzgebung sehr, sehr weit hinten nachhinkt.

Wieviel Jammer und Elend mag durch die verausgabten Summen von den bedauernswerten Opfern der Krise ferngehalten worden sein? — Zweifelloso wurde so manche sehr bange Sorge von den Arbeitslosen und deren Angehörigen durch die tatkräftige Unterstützung der Organisation ferngehalten. Die Verbände haben bewiesen, daß sie derartigen sehr weitgehenden Pflichten voll und ganz gewachsen sind. Auch der „Deutsche Buchbinder-Verband“ hat durch diese Millionensummen, die in den vergangenen Jahren an Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden mußten, absolut keinen schlechten finanziellen Abschluß zu verzeichnen. Die Erfahrung hat also bewiesen, daß die sehr weitgehenden Unterstützungseinrichtungen sehr wohl aufrecht erhalten werden können und im Interesse der Mitglieder auch aufrecht erhalten werden müssen. Wohl müssen hierzu die erforderlichen Opfer gebracht werden, darüber dürfte schwerlich ein Zweifel bestehen.

Die Leistung der freiwilligen Extrasteuer ist nicht nur sehr angebracht, sondern äußerst notwendig, handelt es sich doch darum, das Munitionslager für bevorstehende Kämpfe zu ergänzen. Eine obligatorische Extrasteuer war infolge der Krise nicht möglich, da man damit auch diejenigen getroffen hätte, welche weit geringere Löhne beziehen als zu Zeiten normalen Geschäftsganges. Es dürfte wohl am Platze sein, darauf hinzuweisen, daß so mancher Kollege und Kollegin, die von den Folgen der Krise verschont geblieben sind, die das gleiche Einkommen haben, wie bei normaler Beschäftigung, etwas fleißiger im Bezug von Extrasteuermarken sein dürften. Viele sind es, die in richtiger Würdigung der guten Sache nach Kräften Extrasteuermarken beziehen. Dagegen existiert eine bedeutende Anzahl verhältnismäßig selbstiger Mitglieder, die in Erfüllung ihrer Ehrenpflicht eine bedenkliche Nachlässigkeit walten lassen. Diesen letzteren sei besonders eindringlich ans Herz gelegt: „Gedenket der arbeitslosen Opfer der kapitalistischen Produktionsweise! Bedenkt, daß auch Euch täglich ja stündlich dasselbe Schicksal droht! — Noch aus einem andern sehr wichtigen Grunde ist die Leistung der Extrasteuer notwendig. So manche Bezirke der Provinz schmachten noch unter ganz erstaunlich rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Zustände durchgreifend zu verbessern muß als erste und allerwichtigste Aufgabe betrachtet werden. Um da endgültige Remedur schaffen zu können, müssen schon sehr weitgehende Anforderungen in finanzieller Hinsicht an die Organisation gestellt werden. Soll der Verband diesen Anforderungen voll und ganz entsprechen — und das muß er — so ist es notwendig, ganz bedeutende Opfer zu bringen. Wenn man einerseits weitgehende Rechte von der Organisation verlangt, so muß man als Gegenleistung andererseits auch die erforderlichen Pflichten in allen Teilen erfüllen. Darum Kollegen und Kolleginnen, die ihr von der Krise verschont geblieben seid, erfüllt Eure Pflichten voll und ganz, dann werdet Ihr auch jederzeit Euer volles Recht erlangen. Wollt Ihr Eure wirtschaftliche Lage alsbald auf ein menschenwürdiges Niveau bringen, so leistet gerne und freudig die freiwillige Extrasteuer nach Kräften. Ohne Saat keine Ernte, ohne Opfer und Kampf kein Sieg! F. W.

Korrespondenzen.

Deutschland: Gesperrt ist die Firma Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, Stuttgart.

Gesperrt ist: Aachen.

Oesterreich: Bei der Firma Strahe in Barndorf in Böhmen sind die Buchbinderarbeiter in einen Konflikt verwickelt worden und haben am 19. Juni sämtliche Beschäftigten die Kündigung eingereicht.

Ungarn: Gesperrt sind die Lederwarenfabriken in Raab und Kaschau.

Schweiz: Gesperrt ist die Firma A. B. Seine in Arbon.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliebrern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

Berlin. Am Mittwoch, den 16. Juni, fand eine gutbesuchte Branchenerammlung der Buchbinder statt mit einem Vortrag des Genossen Schütte, über: „Die Pariser Kommune“. Der Referent entlegte sich seiner Aufgabe in interessanter und leichtverständlicher Weise und erntete mit seinen höchst interessanten Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion ergänzte Jahn den Vortrag. Er ist überzeugt, daß dieser die Zugkraft des guten Beschlusses war und empfiehlt den jüngeren Kollegen das gründliche Studium der Pariser Kommune, damit sie aus den dort gemachten Fehlern Lehren für unsere jetzige Zeit ziehen.

Wien. Bericht von der am 7. Juni in Leipzig stattgefundenen Tarifmehrsitzung. Es werden nach dieser für Arbeiterinnen an Klebe- und Präzisionsmaschinen 35 Pf., an Schnittdruckmaschinen 37½ Pfennig Stundenlohn gezahlt. Herzog berichtet von ausgebrochenen Streiks bei Rüd u. Bette, sowie in der Druckerei Berolina. Beide wurden nach sehr kurzer Dauer zu unserer vollen Zufriedenheit beendet. Müller hat in einer Werkstube die Kontrolle der Verbandsbücher vorgenommen und zu seinem größten Bedauern gefunden, daß von 120 Büchern

91 mit 270 Beitragsresten vorhanden sind. Jahr teilt mit, daß in einer Werkstufe eine Unterschlagung entdeckt worden ist und fordert auf, solche Personen in der „Buchbinderzeitung“ zu brandmarken.

Ein Wunsch, alle Schiedsgerichtsurteile den Vertrauenspersonen zu übermitteln, wird als undurchführbar bezeichnet. Zum Schluß der sachlich verlaufenden Versammlung fordert Herzog auf, auch in der kommenden Versammlung gleich zahlreich zu erscheinen.

Erfurt. Am 19. Juni beging die Zahlstelle Erfurt das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Das Festprogramm war ein reichhaltiges und der Saal überfüllt. Nach einer Begrüßungsansprache des Kollegen Möhler trug der Arbeitergesangverein „Erfordia“ das Lied „Empor zum Licht“ stimmungsvoll vor. Nachdem hielt Kollege Kloth die beifällig aufgenommene Festrede, in der er eingehend auf die Entwicklung des Buchbinderverbandes und der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen überhaupt zu sprechen kam. Besonders hob er die Verdienste der Zahlstelle Erfurt bei der Gründung des Zentralverbandes hervor. Aus der Entwicklung des letzteren führte Kloth die Fortschritte von seiner Gründung bis heute in bezug auf Mitgliederzahl und Vermögen an. Mit dem Wunsche, daß die gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisation in sich gegenseitig ergänzender Weise sich weiter entwickeln und die Zahlstelle Erfurt und mit ihr der deutsche Buchbinderverband eine achtunggebietende Stellung in derselben einnehmen möge, schloß Kollege Kloth mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Zahlstelle Erfurt und den deutschen Buchbinderverband.

Im weiteren überreichte dann Kollege Enten-Eisenberg mit einer Ansprache ein eingehendstes Diplom, dabei den Dank für die Unterstützung der Zahlstelle Erfurt im allgemeinen der Zahlstelle Eisenberg gegenüber und des früheren Gaubevollmächtigten, Kollegen Jünemann (jetzt in Berlin), im besonderen aussprechend.

Ein weiterer Jubiläumsakt gedachte der Verdienste unseres Kassierers, des Kollegen Smolnig, anlässlich seiner 25jährigen Verbandszugehörigkeit und ebensolanger Mitgliedschaft der Zahlstelle Erfurt, wofür demselben von letzterer ein schöner Triumpfstuhl überreicht wurde. In hundert Reihenfolge wechselten miteinander ab: Gesangsvorträge, Musikstücke, Violin- und Tenorsoli, Couplets usw. Alle boten ihr Bestes, so daß von den Anwesenden jeder auf seine Rechnung kam. Ein Ball beschloß die Feier am Sonnabend, für viele viel zu früh. Vertreten waren die Zahlstellen: Eisenach, Gotha, Langensalza, Weimar, Eisenberg und die Einzelmitgliedschaft Arnstadt, zirka 50 Personen. Ferner waren anwesend Kollege Hauptweide-Flamenau, verschiedene frühere Mitglieder der Zahlstelle Erfurt, Innungsmeister usw. Glückwunschschreiben und Telegramme hatten gesandt die Zahlstellen Alpolda, Hannover, Magdeburg, Jena, Leipzig, Halberstadt, Oera, Saalfeld, Zeitz, Gau 5, ferner die Kollegen Dietrich-Stuttgart, Jünemann-Berlin, Thon-Frankfurt, Wendemuth-Nürnberg, Maatz-Berlin, Weishardt-Heilbronn, Hänel-Hannover, Engelmann-Eisenberg, Heiling-Nowawes, Lender-Berlin, Coors-Sommersbach und Schöbling-Sanatorium Weitz.

Am Sonntag, den 20. Juni, trafen sich eine Anzahl Teilnehmer laut Programm früh 9 Uhr, um eine Besichtigung der Sechsenwürdigkeiten Erfurts vorzunehmen, anschließend einen Spaziergang durch den Steiger, welcher um 2 Uhr endete. Von nachmittags 4 Uhr ab war im Gewerkschaftshaus „Tribol“ ein gemütliches Beisammensein mit Tänzen arrangiert, welches die Teilnehmer noch bis abends 11 Uhr zusammenhielt. Möge dieses von echtem Organisationsgeist getragene Fest allen Teilnehmern in freundlicher Erinnerung bleiben.

München. In der Versammlung am 19. Juni nahm die Zahlstelle zu dem letzten Rundschreiben des Verbandsvorstandes Stellung. Bei jedem einzelnen Punkte entspann sich eine lebhafte Debatte und wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Besonders regte war die Diskussion bei den Punkten Gefängnisarbeit und Vergütung der Staatsarbeiten. Bei ersterem wurde hervorgehoben, daß es sehr zu bedauern sei, daß die größte Kartonagenfabrik am Orte, die Firma Halle, eine Schmutzkonkurrenz betreibt, daß die der Gefängnisarbeit noch nachstehe. Bei der Vergütung von Staatsarbeiten an nicht tarifreue Buchbindereien wurde betont, daß diese Arbeiten größtenteils bei kleinen Meistern hergestellt werden, die der Innung angehören und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht immer glänzende genannt werden könnten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Rechenmethode an der hiesigen Fachschule einer scharfen Kritik unterzogen, diese wurde als den modernen Anforderungen nicht entsprechend bezeichnet und müsse danach getrachtet werden, daß in der Fachschule auch die Gehilfen ein Wort mitzureden haben.

Eine Angelegenheit, die unter den hiesigen Mitgliedern große Entrüstung hervorrief, beschäftigte hierauf die Versammlung. Der Kollege Ernst Schnaith war bei Grimm u. Weicher beschäftigt und hörte dort zu arbeiten auf. Darauf schrieb Schnaith an die Firma einen Brief, in dem er den Werkführer denunzierte, daß dieser für die beschriebenen Arbeiten zu hohe Akkordpreise festsetze. Schnaith behauptete in der Ausschüßung, in der er sich wegen seines Vorgehens zu verantworten hatte, daß er mit diesem Briefe nur den Werkführer schädigen wollte. Die Kollegen bei Grimm u. Weicher bewiesen dagegen, daß sie den größten Schaden haben, da sie jetzt bei jeder Gelegenheit hören müßten, die Preise seien zu hoch. In der Sitzung wurde nach ausgiebiger Debatte einstimmig beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, Schnaith aus dem Verbandsauszuschuß zu entfernen, worauf Schnaith erklärte, nun erst recht gegen den Verband zu arbeiten. In der Versammlung wurde das Vorgehen Schnaiths scharf getadelt und nach langer Debatte mit großer Majorität beschlossen, beim Verbandsvorstande den Ausschluß Schnaiths aus dem Verbandsauszuschuß zu beantragen. Nachdem noch mitgeteilt wurde, daß das Sommerfest der Zahlstelle München am 26. Juli in Gräfing stattfindet und zu regerem Versammlungsbesuch aufgefordert wurde, erreichte die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Potsdam-Nowawes. Eine stattliche Anzahl der Mitglieder hatte sich am 19. Juni eingefunden, um in einer außerordentlichen Versammlung Stellung zur Tarifbewegung zu nehmen, da der abgeschlossene Tarif mit der hiesigen „Freien Vereinigung der Buchbindereien Potsdams“ und noch einigen Firmen am 30. September d. J. sein Ende erreicht und so am 1. Juli gekündigt werden muß. Der Gauborsitzende Lemser-Berlin war erschienen und hatte hierzu das Referat übernommen. In der Debatte waren sich alle einig, daß der bisherige Minimallohn von 22 Mk. in Anbetracht der hiesigen teuren Lebensverhältnisse ein viel zu geringer ist und bedauerten, daß teilweise einige Firmen es immer wieder versuchen, sich ihren tariflichen Verpflichtungen zu entziehen. Die Kolleginnen, welche in einer bisher noch nie dagewesenen Anzahl erschienen waren, hegten vor allen Dingen den Wunsch, in ein Tarifverhältnis mit ihren Arbeitgebern einzutreten, damit die öfters schon berührten Lohnreduktionen wegfallen. In Rücksicht aber, daß sich in diesem Jahre die Krise hier besonders durch Arbeitslosigkeit und wochenlanges Aussetzen bemerkbar macht und auch der Tarif in Neu-Wabersberg erst im nächsten Jahre sein Ende erreicht und ein einheitliches Vorgehen an beiden Orten erwünscht sei, wurde von einer Tarifkündigung Abstand genommen.

Kollegen und Kolleginnen, aufgeschoben ist aber noch nicht aufgehoben. Müßt Euch alle zum nächsten Jahre. Tue jeder seine Pflicht, damit die wenigen Kollegen, welche uns noch fernstehen, für uns gewonnen werden. Besucht alle regelmäßig und pünktlich die Versammlungen und habt immer nur die Interessen des Verbandes im Auge, dann wird das nächste Jahr kein verlorenes für uns sein, dann werden auch wir wieder ein Stück näher kommen zu unserem Ziel.

Darmstadt. Am Sonntag, den 20. Juni, fand hier im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Zahlstelle statt, zu welcher die Mitglieder durch Zirkular eingeladen waren. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig, denn nur die Hälfte der Mitglieder erschien, während die andere durch ihr Fernbleiben ihre Gleichgültigkeit bewies, von der sie gegenüber dem auf der Arbeiterschaft lastenden Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse befangen ist. Als Hauptpunkt der Tagesordnung wurde das Thema: „Was lehren uns die Zeitergebnisse?“ behandelt. Der Referent Grotz-Frankfurt wies nach, daß von der seit langem schon herrschenden Krise am schwersten die Arbeiter getroffen würden. Er wies auf die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit hin, wie auch viele Betriebe bei verringertem Personal verkürzt arbeiten ließen; Lohnkürzungen versuchen die Unternehmer herbeizuführen und die Verbände werden in Abwechsellämpfe gedrängt. Die Buex und Kirdorf halten ihre Zeit für gekommen, um noch mehr gegen die Arbeiterschaft scharfzumachen. Zu der herrschenden Teuerung überdet man den Arbeitern noch mehr Lasten, hunderte von Millionen neuer Steuern und Abgaben auf, während die Heranziehung des Besitzes zu diesen eitel Plunkerei ist, trotz Sanjabund. In solcher Zeit, wo auch die Arbeitgeberverbände sich stärker und mächtiger fühlen, ist die Organisation der Arbeiter nötiger als je. Die steigenden Ausgaben derselben für Unterstützungszwecke reden eine deutliche Sprache und kommen einer stets größer werdenden Zahl der Mitglieder zugute. Ebenso aber auch die Erfolge der Verbände in bezug auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Gerade in Darmstadt sind diese auf die Ver-

bandsstätigkeit zurückzuführen, denn wer die Verhältnisse daselbst in den achtziger Jahren bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein kennen lernte, muß zugeben, daß sogar ein gewaltiger Fortschritt zu verzeichnen ist. Löhne von 18-15 Mk., damals üblich, sind heute Seltenheiten; die Arbeitszeit früher 11-12stündig, ist auch wesentlich kürzer. Sollen diese Vorteile wieder verloren gehen oder neue nicht erlangen werden durch die Räßigkeit der Kollegen? Es heißt hier, die Gleichgültigkeit beiseite. Ein besserer Zusammenhalt der Mitglieder und mehr Interesse am Verbandsleben ist nötig, um den kommenden Aufgaben gewachsen zu sein! Das sind die Lehren, die wir aus den Zeitergebnissen ziehen.

Eine Diskussion wurde zunächst nicht beliebt, aber bei dem Punkt der Tagesordnung „Verschiedene Neuwahlen“ nachgeholt. Der Vorsitzende Guth erklärte, daß außer dem Unterstützungsauszahler auch Ersatz für ihn zu wählen sei, für ersteren ein solcher, der sein Amt besser und pünktlicher ausführe als der bisherige. Er selbst aber sei durch die bisherige Lauheit der Mitglieder genötigt, einen anderen Vorsitzenden wählen zu lassen, denn er wolle sich nicht nachfragen lassen, daß es seine Schuld sei, wenn die Zahlstelle bei Fortdauer der seitherigen Zustände zurückging. Es wurde festgesetzt, daß Vorsitzender und Kassierer stets ihre Schuldigkeit taten. Eine Neigung, andere zu wählen, war nicht vorhanden und auch nicht nötig; so blieb am besten beim alten. Als Unterstützungsauszahler ward Koll. Stelzer gewählt, ebenso zwei weitere Mitglieder als Unterkassierer zur Entlastung des Vorsitzenden, der bisher die Funktionen von solchen noch ausübte. Bei einem weiteren Punkte der Tagesordnung wurde der Sozialbeitrag von 5 auf 10 Pf. pro Woche und männliches Mitglied erhöht, um nicht den Zuschuß zur Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung zu kürzen. — Weitere Punkte der Tagesordnung, so die Einrichtung von Fachabenden, mußten wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

Nun, Kollegen Darmstadt, gilt's zu zeigen, daß auch ihr nicht zurückbleiben, sondern wetteifern wollt mit den anderen Zahlstellen des Gau's zur Hebung des Verbandslebens. Es liegt in eurem eigenen Interesse, die Zahlstelle, die ihr auf 38 Mitglieder jetzt gebracht habt, nicht nur auf dieser Höhe zu halten, sondern noch zu vergrößern. Euer Vorstand, der sein Teil dazu beitrug, hat auch ein Recht auf eure Unterstützung. Also hinein in die Versammlungen und keinen Kleinmut gezeigt! Bisher ging's vorwärts; wollt ihr schuld sein am Rückgang? Das wollt ihr nicht, also strebt mit uns vorwärts, um in Kollegialität die Solidarität zu fördern. Am Schluß der Versammlung galt euer „Hoch“ dem Verband. Zeigt nun alle, daß es euch von Herzen kam.

Annaberg-Buchholz. In der Monatsversammlung vom 26. Juni wurde vor Eintritt in die Tagesordnung des plötzlich verstorbenen Kollegen Krumm in üblicher Weise gedacht. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Erziehung der Jugend und der Stellungnahme zur Beiringsfrage. Eine sehr gut geschriebene Abhandlung aus unserem Verbandsorgan wurde vom Protokollanten zu Gehör gebracht. Das Gegenstück über diesen Punkt lieferte Kollege Reinhold, welcher aus einer Fragezeitung der Unternehmer Anschauungen nach altsakramentem Innungsrezept zum Besten gab. Sodann erstattete Schneider einen ausführlichen Kartellbericht, während Reinhold die Reichsversicherungsreform beleuchtete. Eine deswegen geplante Protestversammlung des Kartells soll von allen Kollegen unterstützt werden, um eine einflussvolle Wirkung zu erzielen.

Unter „Verschiedenes“ wurde Stellung zur nächsten Krankentassenvertreterwahl genommen. Der Vorsitzende empfahl, eine Kommission zu wählen. Dem wurde zugestimmt und die Kollegen Schneider, Müller, Reinhold und Walter gewählt. Von letzterem wurde noch erwähnt, daß der Verbandsvorsitzende Kollege Kloth uns voraussichtlich am 10. September besuchen wird. Geplant ist deshalb eine große öffentliche Versammlung. Als Ergänzung des Vorstandes wurde Kindsman gewählt.

Stuttgart. Die Firma S. Mayer in Stuttgart kann es noch immer nicht verschmerzen, daß wir uns ihrer Ansicht, daß die über die Firma verhängte Sperre zu Unrecht erfolgt sei, nicht anschließen und der Firma ihre Kasse noch immer nicht wiedergeben. Jetzt bringt sie sogar ihre Arbeiter zu Protestaktionen auf die Beine, indem sie einen Buchbinder „Christian Lang, langjähriger Arbeiter der Firma S. Mayer, Stuttgart“ zu einem Schreiben an die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ beauftragte. In dem Brief wird der Firma natürlich ein Loblied gesungen, im übrigen die Organisationsfähigkeit der Firma erneut bestätigt. Wir haben zunächst keine Beantwortung, auf die dem langjährigen Arbeiter diktierten Ausführungen einzugehen. Die Firma mag ihr Verbalten aufgeben, dann werden auch wir mit uns reden lassen.

Rundschau.

Gewerkschaftliche Rundschau. Eine Gewerkschaftskonferenz des Buchdruckerverbandes fand am 17. und 18. Juni in Berlin statt, die sich nach dem „Korrespondent“ zunächst mit der Stellung zu der infolge der Aufnahme des christlichen Gutenbergbundes in die Tarifgemeinschaft neu geschaffenen Sachlage befassen mußte. Diese Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. Sodann war die Spartenfrage Gegenstand längerer Verhandlungen. Es wurde betont, daß die einzelnen Sparten nur zu leicht geneigt seien, ihre Befugnisse zu überschreiten und die ihnen gezogenen engeren Grenzen merklich zu erweitern, so daß oftmals für den Gesamtverband unliebsame Verhältnisse entstehen. In bezug auf die häufig stattfindenden Spartenkongresse wurde gesagt, daß es in dieser Weise nicht mehr weiter gehen könne. Prinzipiell wurde festgestellt, daß die Spartenleitungen sich in der Frage der Einberufung von Spartenkongressen beizeiten mit dem Verbandsvorstand zu verständigen haben. Zum Schluß wurde noch ohne Widerspruch festgestellt, daß keinerlei Zwang zur Zugehörigkeit zu den einzelnen Spartenbereinen bestehe und auch ein solcher nicht gebildet werden würde. — Bei der Generalkommission sollen Schritte unternommen werden, um die in Brandenburg vorgekommene Maßregelung eines Verbandsmitgliedes — das sich weigerte, einen Tagesverdienst an die Parteikasse abzuführen (Beschluß des Nürnberger Parteitagcs zur Weisfeier) und darum entlassen wurde — zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen. — Die vom Kölner Verbandstage im Vorjahre beschlossene Verlegung des „Korrespondent“ von Leipzig nach Berlin wird nach dem Beschluß der Gewerkschaftskonferenz nicht ausgeführt, sondern die Verlegung der kommenden Generalversammlung im Jahre 1911 nochmals zur Beratung vorgelegt. —

Das Organ der Handschuhmacher, das infolge der Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverbande jetzt einget, war mit seiner letzten Nummer noch in der Lage, auf das 40jährige Verbandsjubiläum hinweisen zu können. Am 4. Juli 1869 traten in dem für die Handschuhindustrie bedeutungsvollen Arnstadt eine Anzahl Berufsgenossen zusammen, um den Verband ins Leben zu rufen. Die Handschuhmacher gehören zu den wenigen deutschen Arbeitern, die schon frühzeitig die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkannten. Nur die Organisation der Buchdrucker ist um wenige Jahre älter, dafür aber bildeten die Handschuhmacher seit 20 Jahren wohl die einzige Gewerkschaft, um deren Führe sich nahezu 90 Proz. der Berufsgenossen geschart hatten. Dem Handschuhmacherverband gehören heute noch 14 Kollegen an, die seit der Gründung des Verbandes Mitglied geblieben sind. —

Arbeitszeugnis des Verbandes Deutscher Buchbindermeister. Das in Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ des laufenden Jahrganges unsern Mitgliedern zur Kenntnis gebrachte Arbeitszeugnis des Verbandes Deutscher Buchbindermeister war in der am 7. Juni stattgefundenen Tarifamtsitzung Gegenstand einer Verhandlung. Es handelte sich bei diesem Arbeitszeugnis darum, daß am Fuße desselben ein Einbruch vorhanden ist, der besagt, daß „die Mitglieder des Verbandes Deutscher Buchbindermeister nur Arbeiter und Arbeiterinnen einstellen, welche im Besitze von Zeugnissen unter Verwendung vorliegenden Formulare sind“. In der Tarifamtsitzung vom 7. Juni wurde festgestellt, daß seit 1901 kein derartiges Zeugnis mehr verkauft würde, daß aber hier und da noch einige vorhanden sein könnten. Eine Kennzeichnung der mit diesen Zeugnissen Wedachten sei keineswegs beabsichtigt.

Buchbinderjubiläum auf der Wanderschaft. Am 22. Juni feierte ein alter Kollege und langjähriges Verbandsmitglied, A. Vollig, sein 50jähriges Jubiläum als Buchbinder. Viel Freude hat dieser alte Veteran der Arbeit in der langen Zeit wohl nicht erlebt. Durch widrige Verhältnisse war derselbe gezwungen, von einem Ort zum anderen zu wandern, ohne ein wenn auch noch so anspruchloses Plätzchen der Ruhe und endlichen Raht zu finden. So ist er in die Jahre gekommen, in welchen der Arbeiter bei dem besten Willen nicht mehr den Ansprüchen gerecht werden kann, die durch unsere göttliche Weltordnung bedingte Ausbeutung der einen Klasse durch die andere an den Arbeiter gestellt werden. Zu all diesem trat bei unserem Kollegen vor längerer Zeit noch ein schweres Magenleiden und ein Fußgelenkswir hinzu, so daß derselbe das städtische Krankenhaus in Kiel aufsuchen mußte, in dem er sich jetzt noch befindet.

Offizielle Verbandstagsberichterstattung, Weisfeier und Arbeiterpresse. Der Verbandstag der Metallarbeiter hat gleich zwei Enttäuschungen hervorgerufen. Der erste richtete sich gegen die vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes eingerichtete

Berichterstattung, der zweite gegen die Weisfeierresolution, die wir in einer früheren Nummer bereits mitteilten. Beide Punkte sind geeignet, unser lebhaftes Interesse zu erwecken. Der erste insofern, als bekanntlich unser Nürnberger Verbandstag auf Antrag Albert-Breslau beschloß, „in Erwägung, daß die Berichterstattung über unsere diesmal besonders wichtigen Verbandstag außerordentlich mangelhaft und fehlerhaft war, den Verbandstag dem Verbandsvorstand empfehle, für den nächsten Verbandstag nach dem Muster des letzten Metallarbeiterkongresses eine offizielle Berichterstattung anzubahnen. Und zwar sind die Berichte entsprechend dem Vorgang auf dem Metallarbeiterkongress und entsprechend einer Anregung der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände durch die Schriftführer anzufertigen und durch das Bureau unentgeltlich an die Arbeiterpresse abzugeben.“ Die letzte Metallarbeitergeneralversammlung hat nun die Berichterstattung nicht einmal aus den eigenen Reihen entnommen, sondern sie hat zwei Berichterstatter des „Hamburger Echo“ mit der Anfertigung der Berichte für die Arbeiterpresse beauftragt. Trotzdem hat die ultraradikale Arbeiterpresse in diesem Verfahren ein Haar gefunden, was sie zum wütenden Gebelber gegen die Metallarbeiter veranlaßt. Diese guten Genossen, die hinter dem Vorgehen der Metallarbeiter irgendein hochverräterisches Treiben vermuteten, übersehen dabei nur, daß die Arbeiterpresse sowohl als auch der Verein Arbeiterpresse schon vor Jahren eine solche Regelung der Berichterstattung anstrebten. So hat z. B. die „Schwäbische Tagwacht“ selbst erst noch vor zwei Jahren eine solche gefordert, während sie jetzt, wo ihr eigener Wunsch erfüllt wurde, den guten Willen der Metallarbeiter als „eine prinzipiell bedenkliche und zwecklose Maßnahme“ hinstellt. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß trotz der widerlichen Gebe, die sich ob der Berichterstattung jetzt gegen die Metallarbeiter richtet, unser Verbandsvorstand dem Beschluß des Nürnberger Verbandstages (Antrag Albert) Rechnung tragen und ebenfalls für eine sachgemäße Berichterstattung an die Arbeiterpresse sorgen wird.

Bei unserem ersten Hinweis auf die Weisfeierresolution wurde gesagt, daß die Arbeiterpresse gegen diese Sturm ließe. Singulieren hätten wir können, daß dabei ein Ton angeschlagen wurde, wie wir ihn glücklicherweise nicht alle Tage zu hören bekommen. Den Vogel schloß dabei — natürlich — wieder die „Leipziger Volkszeitung“ ab, die einen Leitartikel über die Weisfeierresolution der Metallarbeiter verbrach, der an Nichtswürdigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Unter dem Titel: „Also das war der Zweck der Übung!“ schreibt das, edle Organ:

„Wenn Lessing einmal ein Buch schreiben wollte über das Thema: Gutes aus schlechten Büchern, so könnte man jetzt versucht sein, eine Abhandlung zu schreiben über das Thema: Das Nützliche einer schädlichen Taktik. In der Tat hat der Genosse Schilde und die Generalversammlung der Metallarbeiter mit ihrer Taktik, die sie zur Abwürgung der Weisfeier eingeschlagen haben, dieser Feier mehr genügt als geschadet: denn sie haben die gesamte deutsche Arbeiterkraft auf die geheime Maulwurfsarbeit aufmerksam gemacht, die seit Jahren in gewissen Gewerkschaftskreisen, und vor allem in der Verbandsleitung der Metallarbeiter gegen das Weisfest der Arbeit systematisch betrieben wird. Den deutschen Arbeitern aber ist die Weisfeier viel zu sehr ans Herz gewachsen, als daß sie geneigt wären, sich ihr Fest durch eine noch so raffinierte Taktik einiger ihrer „Führer“ verschandeln und verschlammen zu lassen. Sie werden ihnen ein donnerndes: Bis hierher und nicht weiter! zurufen, mag auch der Dunkel und der Hochmut einiger dieser gewerkschaftlichen Emporkömmlinge und ihre Verachtung des großen Böbels draußen noch so große Dimensionen angenommen haben. Klage doch schon der Delegierte zur Hamburger Generalversammlung der Metallarbeiter, Dittmann-Hamburg, über die „Selbsterherrlichkeit der Zeitung“ und die „unwürdige Bevormundung der Kollegen“, was ihm freilich von dem Vorstehenden Schilde nur die erhabene Bemerkung eintrug, daß man ihn nicht ernst nehme. Aber freilich! Schilde nimmt ja auch die Arbeiterpresse „nicht ernst“, wenn sie gegen seine dünne Lehne Bevormundungsversuche protestiert! Bisher war für diesen Hochmutsteufel kein Raum in der Arbeiterbewegung. Es galt als die widerlichste Eigentümlichkeit von Sozialklassen und Regierungsräten. Mögen die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß sich dieses Farbenüproben-tum nicht in den Kreisen ihrer „Führer“ festsetzt.“

Das „Correspondenzbl. der Generalkommission“ meint, daß es schwer falle, gegen solche Schimpferei zu polemisieren. Uns dünkt, das Blatt hat recht. Denn man müßte, um die Gemeinheiten der „Volkszeitungs“redaktion resp. des Verfassers oben ange-deuteten Artikels zurückzuweisen, zu Worten seine Zuflucht nehmen, wie man sie sonst wohl nur gegen-über den Reichslügenverbändlern oder ähnlichem Ungeziefer findet. Das „Correspondenzblatt“ sagt weiter:

„Die „Leipz. Volksztg.“ ist zum Glück nicht das Abbild der Parteipresse. Vielmehr steht dieses Blatt in der Beurteilung der Gewerkschaften völlig abseits und isoliert. Es erklärt sich dies aus seiner krankhaften Neigung, bei den Gewerkschaftsleitern alle möglichen Schandtaten und Veräberungen zu wittern, und aus seinen der gleichen Veranlagung entspringenden Wahnideen, die deutschen Arbeiter vor ihren gewerkschaftlichen Führern retten zu müssen. Man kann in diesem Gebaren nur die traurigen Wirkungen einer Art Gewerkschaftskollateraler erkennen, der in der Redaktion der „Leipz. Volksztg.“ unausrottbar zu sein scheint. Gegen dieses verhängnisvolle Leiden hilft natürlich kein Polemisieren. Vielleicht aber könnte bei denen, die solche Symptome äußern, eine gründliche Kataklyse, rechtzeitig eingeleitet, noch einige Besserung bringen — ehe es zu spät ist!“

Mit ihrer bößhaften Anrempelung ist die „Leipz. Volksztg.“, soweit wir die Parteipresse verfolgen können, was aus naheliegenden Gründen nur in beschränkter Weise der Fall ist, nahezu allein geblieben. Jedensfalls war's auch für die übrige Parteipresse etwas arg starker Tabak, was das Leipziger Organ da seinen Lesern aufsticht. Am 24. Juni hat sich eine Gewerkschaftskartellversammlung in Leipzig mit der Angelegenheit beschäftigt. Dort wurde mitgeteilt, daß sich eine Sitzung der Leipziger Gewerkschaftskartellversammlung mit dem Artikel der „Volkszeitung“ beschäftigt habe, in der die in dem Artikel enthaltenen Inwieurfe einmütig zurückgewiesen worden seien. Weiter hat eine Sitzung der Preschkommission mit der Redaktion stattgefunden, als deren Ertrag nachstehende, von der Preschkommission dem Gewerkschaftskartellauschuss überhandte Resolution anzusehen ist:

„Das Preschkomitee bedauert, daß die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Kritik der Beschlüsse des Metallarbeiterverbandstages über die Weisfeier Ausdrücke gebraucht hat, durch welche die Stellung der Gewerkschaftsbeamten ihren Mitgliedern gegenüber erschwert worden ist. In eingehender Aussprache mit der Redaktion hat sich das Preschkomitee davon überzeugt, daß die Redaktion in Zukunft ähnliche Ausdrücke vermeiden wird. Das Preschkomitee ist deshalb der sicheren Hoffnung, daß durch diesen Zwischenfall die gemeinsame Arbeit von Partei und Gewerkschaften in Leipzig auch in Zukunft nicht gestört wird.“

Es wird schließlich nur von der „Volkszeitung“ abhängen, ob der letzte Wunsch in Erfüllung gehen wird. Denn eines Tages wird auch der Geburtsfaden der Leipziger Gewerkschaftsmitglieder zerreißen und sie werden der Redaktion ihres Organs sagen müssen, was ihres Amtes ist: Der Arbeiterbewegung zu schaden oder ihr zu nützen.

Im Nachfolgenden noch einige Äußerungen von Gewerkschaftsblättern zu der Weisfeierresolution der Metallarbeiter. Der „Proletarier“ der Fabrikarbeiter schreibt:

„Die Weisfeierresolution der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat, wie voraus-zusehen war, herbe Kritik in einem Teil der Parteipresse erfahren. Soweit diese Kritik sachlich ist, und das ist z. B. die im „Vorwärts“ geübte, läßt sich gar nichts dagegen einwenden. Obwohl wir der Meinung sind, daß die Resolution die logische Konsequenz, sowohl der bisherigen Entwicklung der Weisfeier, als auch der Behandlung dieser Frage auf dem letzten Parteitage ist, verstehen wir es doch durchaus, wenn Leute, die die Weisfeier mehr aus Versammlungen, Umzügen und — Zeitungsbereichten kennen, aber wieder an den Vorbereitungen arbeiten, noch an den Folgen tragen helfen, anderer Meinung sind. Und wenn sie diese ihre Meinung in der Presse vertreten und begründen, so kann das nur klärend wirken.“

Anders beliebt es aber die „Leipziger Volkszeitung“. Nun ist allerdings fattfam bekannt, daß diese treue Prinzipienwächterin, die unermüdlich auf der Zinne des Kapitols steht, gemeinlich einen Ton beliebt, der mit dem Gegenfah von vollständig nur sehr unzureichend gekennzeichnet werden kann.“

Die „Solidarität“ der Buch- und Steinbrückerhilfsarbeiter sagt:

„Es ist anerkennenswert, daß eine so große Gewerkschaft, trotz der Voraussicht, wegen dieses Beschlusses von der Parteipresse nicht mit allzu

großer Toleranz behandelt zu werden, den Mut aufbrachte, offen und rückhaltlos auszusprechen, daß die bisherige Verfahrenheit in der Behandlung der Raifeiferfrage unhaltbar geworden ist. Wir sind überzeugt, daß die große Mehrzahl der deutschen Gewerkschaften sich voll und ganz auf den Standpunkt dieser Resolution stellt, weil ja die bisherige Situation kein anderes als das darin fixierte Bild zeigte, welches nur von keiner Seite zugestanden wurde. Jedenfalls war eine so starke Organisation, wie der Metallarbeiterverband, die bezugslos, bahnbrechend voranzugehen."

Einen schönen Gewerbeerichtswahltag errangen die freien Gewerkschaften in Halberstadt. Auf die Liste des Kartells entfielen 1218 Stimmen, während die Gegner trotz verzweifelter Anstrengungen nur 115 Stimmen konnten.

Eine internationale Arbeitgebervereinigung. Die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt: „Die großen Streiks der Hafenarbeiter und Seeleute, die in den Jahren 1906-07 die Welthäfen Hamburg, Antwerpen, Rotterdam und New York beunruhigten und deren Bekämpfung allein, ganz abgesehen von den aus der Nichtberzinsung der in den modernen Seeschiffen investierten bedeutenden Kapitalien erwachsenden Verlusten, abgesehen ferner von den während einer solchen Streikzeit ungenützt verausgabten Feuer- und Verpflegungsgeldern der Mannschaft, Kohlenverbrauch im Hafen und dergleichen, den beteiligten Reedereien Riesensummen kosteten, haben in den Schiffsfahrtskreisen den Wunsch nach einem festen Zusammenschluß auf internationaler Basis zur wirksameren Bekämpfung bezw. möglichen Vermeidung derartiger Betriebsstörungen erweckt. Dieser Gedanke scheint jetzt seiner Verwirklichung entgegen zu gehen. Unter dem Namen „International Shipping Federation“ soll nimmehr eine Vereinigung gegründet werden, die die bestehenden Reedereien fast aller seefahrenden Nationen zusammenfaßt und eine gegenseitige Hilfe im Falle von Arbeits einstellen, Ausperrungen und sonstigen Arbeiterbewegungen gewährleisten soll.“ Als sich vor bald Jahresfrist (Nr. 43) die „Buchbinder-

zeitung“ mit dem innersten Wesen der Unternehmervereinigungen befaßte und die inneren Zusammenhänge der einzelnen nationalen Arbeitgebervereinigungen mit denen außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzspäre nachgewiesen wurde, da sie das edle Scharfmacherorgan Gift und Galle ob unserer Feststellungen. Als der Tiefstand aller niedrigen Gesinnung wurde es dargestellt, was wir in unserem Artikel „Wohin geht die Fahrt“ sagten. Wir haben in der Folgezeit noch öfters Gelegenheit gehabt, den Schmock der Arbeitgeberzeitung diese ihre Auslastung um die Ohren schlagen zu können. Die Arbeitgeberbewegung muß durchaus national bleiben, so philosophierte das Organ der Reichsweize. Und heute ist es so weit, daß es die internationale Betätigung als notwendig preist. Diese Ohrfeige, die sich das Blatt damit selbst verabreicht, gönnen wir ihm.

An ein aufreizendes Jubiläum erinnert das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, indem es schreibt: „Vor zehn Jahren. In diesen Tagen war ein Degenrum verfloßen, seit der deutsche Reichstag über die sogenannte „Zucht hausvorlage“ beriet. Am 19. bis 22. Juni kam der „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“, wie das Machwerk betitelt wurde, im Reichstage zur Verhandlung. Die erste Lesung brachte keine Entscheidung, aber bereits die Reden der Fraktionsführer ließen erkennen, daß die Regierung mit jenem Schandgesetz eine Niederlage ernten werde. Diese Niederlage, die sie am 20. November des gleichen Jahres erlitt, konnte selbst durch die Zwölftausendmarkspende, die der Zentralverband deutscher Industrieller durch einflußreiche Kreise zusammenbrachte, nicht abgewendet werden. Heute triumphiert die deutsche Gewerkschaftsbewegung, ein Riese gegen damals, über ihre Gegner. Noch wenige Jahre der seitherigen Entwicklung, und die Reichsregierung wird dieselben Gewerkschaften, die sie einst zu zertrümmern gedachte, durch die Gesetzgebung als die legitime Vertretung der deutschen Arbeiterklasse anerkennen müssen.“

Briefkasten.

E. Pf. in Dr., B. G. in E. und D. N. in J. Bezichte von Ausflügen usw. können wir nicht aufnehmen. Die Sommerzeit bringt stets eine Hochflut von solchen, die natürlich immer auch den bestimmten agitatorischen Zweck und Wert haben. Das ist anerkannt, aber gleichwohl verbieten es eben die Raumverhältnisse von den Einsendungen Gebrauch zu machen. — A. K. in E. Injunkte finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Injektionsbetrag beigefügt ist. Uebrigens, wenn Sie von einem Vordruck mit Lat oder Farbe absehen müssen, dann dürften Sie schwerlich ein anderes Mittel finden. — A. B. in A. Bei solcher Ausführlichkeit dürfen Sie auf eine unberückzte Wiedergabe nicht rechnen. — F. W. in B. Durch die Notiz in letzter Nummer dürfte sich Ihre Zuschrift zunächst erledigt haben.

Zur Beachtung für die Zahlstellenassessoren. In nächster Nummer werden die Beträge veröffentlicht werden, die seitens der einzelnen Zahlstellen und Gaue für Injunkte, Tarife usw. an die Verbandskasse abzuführen sind. Wir eruchen, dies zu beachten und die entsprechenden Beträge spätestens mit den Abrechnungen an die Verbandskasse abzuführen.

Adressenänderungen.

Vertliche Bevollmächtigte.

Chemnitz. H. Triemer, Ranzlerstr. 54, p. r.
Hfzheim. Alle die Zahlstelle betreffenden Zuschriften sind zu richten an A. Dietrich, Dstl. Karl-Friedrichstr. 37. (Tel. 178.)
Wiesbaden: H. Temmert, Hermannstr. 26 G.

Unterstützungs-Auszahler.

Chemnitz: Z. A. O. Rümmler, Buchdruckerei der „Volkstimme“, Uferstr. 14, von 7—12 und 3—5 Uhr (nur Werktags).
Hfzheim. Z. A. A. Dietrich, Dstl. Karl-Friedrichstr. 37 (Tel. 178).
Darmstadt: L. Stelzer, Kranichsteinerstr. 15, G. III, von 7—8 Uhr.

ANZEIGEN

:: BERLIN :: BERLIN ::

Montag, den 19. Juli 1909

Großes Sommerfest

zur feier des „Guten Montag“ in der „Neuen Welt“,

Hasenheide 108—114.

Gr. Garten-Konzert. | GROSSER BALL

Spezialitäten ersten Ranges ::
Theater-Vorstellung für Kinder.

von 5 Uhr ab im Riesensaal. Eintritt in den Saal: Herren 30 Pf., Damen 10 Pf.

Bei eintretender Dunkelheit: Gr. Fackelzug für Kinder. :: :: Grosses Feuerwerk :: ::

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens zwei Bons für Stocklaterne und Schauler oder Karussell und Bergwerk :: :: Außerdem hat jedes Kind freien Eintritt beim Kinematograph mit den neuesten Bildern. Für Erwachsene 20 Pf. :: :: Die Kaffeelüche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet.

Anfang des Konzerts 4 Uhr. :: Programm am Eingang gratis.
:: :: Billett 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. :: ::

Billetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstätten-Vertrauensleuten, in allen mit Plakaten belegten Geschäften, sowie in unserem Bureau, Engelshfer 15, Zimmer 39/40, vorm. 11—1, nachm. 1/24—7 Uhr zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Am 27. Juni 1909 verstarb unser treues Mitglied

Ludwig Blöbaum

nach langem, schweren Leiden.
Seine feinem Andenken.
Zahlstelle Dortmund.

Unserem lieben Kollegen
Albert Kröber und Fr. Catharina Hanf
zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Cassel.

Unserem lieben Kollegen
Emil Blail
zu seiner Abreise von Essen ein herzlichstes Lebenswohl!
Die Kollegen vom „Nordsternklub“
Kirchner. Stockhausen. Altmann.



Seeburgstrasse 47
Das Geschäftshaus der Firma
O. Th. Winckler, Leipzig

Unserem lieben Kollegen, dem Buchbindermeister
Ludwig Voigt
sowie seiner lieben Frau, Fräulein
Elise Kettmann
die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.
Zahlstelle Dessau.

Gründlichen Unterricht im
Marmorieren
erteilt jederzeit
Otto Höppler, Marmorier-Lehrer,
Stuttgart, Eierstraße 29, part.

Etuisarbeiter,
auf Schmuck-, Etuis-, Sammet- und Lederarbeit tüchtig eingeeübt, bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht. Offerten unter **T. R. 18.** an die Exp. dieser Zeitung.